

142

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Juni 2026

Iran-Krieg wirkt konjunkturell nach

Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2027

Sperrfrist: Donnerstag, 25. Juni 2026, 10:00 Uhr

142

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Juni 2026

Iran-Krieg wirkt konjunkturell nach

Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2027

Holger Bonin

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Autor:innen

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter, Klaus Weyerstraß

Titel

Iran-Krieg wirkt konjunkturell nach
Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2027
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 142

Kontakt**Holger Bonin**

Wissenschaftlicher Direktor

T +43 1 59991-125

E holger.bonin@ihs.ac.at

Helmut Hofer

Prognoseverantwortlicher

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer

Pressesprecherin

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung.....	7
2	Internationale Konjunktur.....	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länder und Regionen	19
3	Perspektiven der österreichischen Wirtschaft	32
3.1	Außenwirtschaft	32
3.2	Privater Konsum	34
3.3	Investitionen	36
3.4	Öffentliche Haushalte	40
3.5	Löhne und Inflation.....	41
3.6	Arbeitsmarkt	43
3.7	Monetäre Entwicklungen	45
4	Tabellenanhang.....	49

Iran-Krieg wirkt konjunkturell nach

Die Verwerfungen im Zusammenhang mit dem Iran-Krieg belasten auch nach dem Abschluss des Rahmenabkommens zwischen den USA und dem Iran die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaftsleistung dürfte daher im zweiten und dritten Quartal 2026 stagnieren und erst gegen Jahresende wieder an Fahrt gewinnen. Somit erwartet das IHS für 2026 und 2027 ein Wirtschaftswachstum von 0,8 % bzw. 1,0 %. Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 2026 wegen des erneuten Energiepreisschocks 3,0 % betragen und auch im kommenden Jahr mit 2,3 % über dem 2-Prozent-Ziel der EZB liegen. Das IHS erwartet für das laufende Jahr eine Arbeitslosenquote von 7,5 % und für 2027 einen Rückgang auf 7,3 %. Nach 4,2 % im Vorjahr dürfte das Budgetdefizit im laufenden Jahr 4,0 % und im kommenden Jahr 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts betragen.

1 Zusammenfassung

Gemäß den aktuellen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hat die österreichische Volkswirtschaft im vergangenen Jahr um 0,8 % – und damit um 0,2 Prozentpunkte stärker als zuvor ausgewiesen – zugelegt. Die positive Entwicklung hat sich im ersten Quartal 2026 fortgesetzt. Das Wachstum gegenüber dem Vorquartal betrug 0,2 %, wie im Schlussquartal 2025. Kräftig entwickelten sich der öffentliche Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen. Sektoral wurde das Wachstum vom Verarbeitenden Gewerbe und den öffentlichen Dienstleistungen getragen. Mit dem Ausbruch des Iran-Kriegs zog die Inflation kräftig an; die Vertrauensindikatoren trübten sich ein.

Die aktuelle Prognose des IHS basiert auf der Voraussetzung, dass die von den USA und dem Iran unterzeichnete Erklärung, ihren Krieg zu beenden und die Straße von Hormus zu öffnen, eingehalten wird. Gemäß den Markterwartungen für die globalen Energierohstoffpreise in der Woche 15. bis 19. Juni unterstellt das IHS für den Jahresdurchschnitt 2026 einen Ölpreis von 85 US-Dollar und für 2027 von 75 US-Dollar. Die Spitzenwerte von rund 110 US-Dollar aus den Monaten März bis Mai werden deutlich unterschritten.

Damit sollte die heimische Wirtschaft nach einer Stagnation im Sommerhalbjahr gegen Jahresende wieder Fahrt aufnehmen und auf einen verhaltenen Wachstumskurs zurückkehren. Aufgrund der etwas kräftigeren Dynamik zur Jahreswende 2025/26 hebt das IHS seine Wachstumsprognose für das Jahr 2026 von 0,5 % auf 0,8 % an; im kommenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 1,0 % zulegen.

Der kriegsbedingte Energiepreisschock hat sich in global steigender Inflation und einer Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität niedergeschlagen. Die Europäische Zentralbank hat auf den Inflationsanstieg mit einer Zinserhöhung reagiert. Die Weltkonjunktur dürfte aber aufwärts gerichtet bleiben. Gestützt vom Investitionsboom im Bereich der künstlichen Intelligenz hat sich die Weltwirtschaft im Frühjahr trotz des Iran-Kriegs weiterhin robust entwickelt. Die negativen Effekte auf Industrieproduktion und Welthandel konzentrierten sich auf die Golfregion und einige Länder in Asien. Die US-Wirtschaft legte im ersten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal zu. In Japan und im Vereinigten Königreich beschleunigte sich die Konjunktur ebenfalls. Hingegen verzeichnete die Wirtschaft im Euroraum einen Rückgang um 0,2 %. Dies geht aber primär auf den durch Sondereinflüsse ausgelösten enormen BIP-Rückgang von 12 % in Irland zurück. Rechnet man diesen Effekt heraus, hat sich das moderate Wachstum der letzten Quartale im Euroraum fortgesetzt.

In den ersten beiden Monaten des Jahres expandierte der Welthandel kräftig. Diese Expansion wurde durch die effektive Sperrung der Straße von Hormus und den damit verbundenen Energiepreisschock seit März gedämpft. Wie bereits in der Frühlings-Prognose des IHS unterstellt, dürften sich mit einer Beilegung der kriegerischen Auseinandersetzungen die Produktion und der Transport von Rohöl und Flüssiggas allmählich wieder normalisieren. Darum prognostiziert das IHS für den Jahresdurchschnitt 2026 eine Expansion des Welthandels um 3,3 %. Im kommenden Jahr dürfte der Welthandel um 1,5 % zulegen.

Insgesamt schätzt das IHS damit die Entwicklung der internationalen Konjunktur in den Jahren 2026 und 2027 sehr ähnlich wie im Frühjahr ein. Die US-Wirtschaft dürfte um 2,0 % bzw. 1,8 % zulegen. Für den Euroraum nimmt das Institut die Prognose der Wachstumsrate für das laufende Jahr aufgrund der Sonderentwicklung in Irland um 0,3 Prozentpunkte auf 0,5 % zurück. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaft im Euroraum um 1,1 % expandieren. Die Wirtschaftsleistung Chinas dürfte in diesem und im kommenden Jahr um 4,5 % bzw. 4,3 % zulegen. Das Wachstum der Weltwirtschaft wird sich – nach 3,4 % im Vorjahr – im laufenden Jahr auf 2,7 % verringern und im kommenden Jahr 2,9 % betragen.

Im ersten Quartal 2026 hat der Konsum der privaten Haushalte in Österreich im Jahresabstand um 0,5 % zugelegt. Gegenüber dem Vorquartal betrug der Zuwachs 0,1 %. Die gestiegene Inflation und die Budgetkonsolidierung dämpfen weiterhin die Entwicklung der realen Haushaltseinkommen. Vor diesem Hintergrund hält das IHS seine Prognose für die Expansion des privaten Konsums im laufenden Jahr von 0,5 % aufrecht. Für das kommende Jahr erwartet das Institut ein Konsumwachstum von 0,7 %. Die Sparquote dürfte im Jahr 2026 leicht auf 9,6 % sinken – nach 9,9 % im Vorjahr – und im kommenden Jahr mit 9,5 % nochmals etwas niedriger ausfallen.

Die Ausrüstungsinvestitionen in Österreich haben im vergangenen Jahr um 6,5 % zugelegt. Zu Jahresbeginn verringerte sich ihre Dynamik jedoch spürbar. Darüber hinaus hat der Iran-Krieg die Produktionserwartungen in der Industrie vorübergehend gedämpft. Nach Einschätzung des IHS lässt die stabile Beurteilung der Auftragsbestände durch die Unternehmen erwarten, dass die Ausrüstungsinvestitionen dennoch aufwärts gerichtet bleiben. Ihr Wachstum dürfte sich aber in diesem und im kommenden Jahr auf 2,5 % bzw. 1,5 % verlangsamen.

Bei den Bauinvestitionen zeichnet sich in Österreich weiterhin keine Trendwende ab. Belastend wirken die höheren Finanzierungskosten. Insbesondere der Wohnbau dürfte schwach bleiben. Darauf deuten die rückläufigen Baubewilligungen hin. Das IHS erwartet daher für das laufende Jahr einen Rückgang der gesamten Bauinvestitionen um 1,8 %, im kommenden Jahr dürfte sich dieser auf 0,5 % verlangsamen. Betrachtet man Ausrüstungs- und Bauinvestitionen zusammen, ergibt sich für die realen Bruttoanlageinvestitionen in den beiden Prognosejahren ein Wachstum von jeweils 0,7 %.

Nach dem Einbruch im Jahr 2024 sind die realen Warenexporte im Vorjahr wieder leicht gewachsen (1,1 %). Trotzdem hat die österreichische Exportwirtschaft weiter Marktanteile verloren. Im Prognosezeitraum dürfte sich nach den produktivitätsorientierten Lohnabschlüssen in der Industrie die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Prognosezeitraum nicht weiter verschlechtern. Vor diesem Hintergrund erwartet das IHS in den Jahren 2026 und 2027 ein moderates Wachstum der Warenexporte von 1,3 % bzw. 2,0 %. Für die Gesamtexporte laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung prognostiziert das Institut eine Expansion von 1,5 % bzw. 2,1 %. Die realen Importe sollten in annähernd gleichem Tempo – um 1,4 % bzw. 1,9 % – expandieren.

Ausgehend von 2,0 % zu Jahresbeginn ist die Inflationsrate in Österreich bis Mai auf 3,7 % gestiegen. Dahinter steht der vom Iran-Krieg ausgelöste neuerliche Energiepreisschock, insbesondere bei Treibstoffen, jedoch war auch die Inflation im Dienstleistungsbereich mit 4,4 % sehr hoch. Das IHS erwartet, dass sich der Preisauftrieb ab der zweiten Jahreshälfte verlangsamen wird, wenn sich mit dem Ende des Iran-Kriegs die Energiepreise wieder normalisieren und zudem die moderaten Kollektivvertragsabschlüsse den Anstieg der Dienstleistungspreise dämpfen dürften. Andererseits dürfte die zeitlich verzögerte Weitergabe der gestiegenen Energiekosten in der Wertschöpfungskette weitere Preissteigerungen bei Industriegütern nach sich ziehen. Insgesamt verändert sich die Inflationsprognose des IHS gegenüber dem Frühjahr nicht. Das Institut erwartet somit für den Jahresdurchschnitt 2026 einen Anstieg der Verbraucherpreise von 3,0 %. Im kommenden Jahr dürfte die Inflationsrate auf 2,3 % sinken. Damit entwickelt sich die Inflation in Österreich nahezu im Gleichklang mit der Inflation im Euroraum (2,9 % bzw. 2,3 %).

Mit der anziehenden Konjunktur bleibt die Lage am österreichischen Arbeitsmarkt robust. Das IHS rechnet mit einer Zunahme der Zahl der Aktiv-Beschäftigten um 0,5 % im laufenden Jahr und um 0,6 % im kommenden Jahr. In Verbindung mit einem leicht zulegenden Arbeitskräfteangebot resultiert daraus für den Jahresdurchschnitt 2026 eine Arbeitslosenquote von 7,5 %. Im kommenden Jahr dürfte diese auf 7,3 % zurückgehen.

Die Budgetkonsolidierung bestimmt weiterhin die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und prägt das von der Bundesregierung vorgelegte Doppelbudget. Das IHS prognostiziert für dieses und das nächste Jahr ein gesamtwirtschaftliches Defizit von 4,0 % bzw. 3,7 % des BIP – also Defizitquoten deutlich oberhalb der Maastricht-Grenze von 3,0 %. Mit den Konsolidierungsmaßnahmen der beiden Doppelbudgets dürfte die Ausgabenquote nicht weiter ansteigen.

Im Vergleich zur Frühlings-Prognose haben sich die Abwärtsrisiken mit der Unterzeichnung des Rahmenabkommens zwischen den USA und dem Iran verringert. Trotzdem stellen die geopolitischen Entwicklungen weiterhin ein schwerwiegendes Prognoserisiko dar. Ein Wiederaufflammen der kriegerischen Auseinandersetzungen würde die Inflation neu entfachen, die Unsicherheit für die Wirtschaftsakteure erhöhen und damit die ökonomische Aktivität dämpfen. Würden etwa die Ölpreise im dritten Quartal 2026 bis auf 120 US-Dollar steigen und anschließend nur langsam zurückgehen, wären im Jahr 2027 gemäß einer Modellsimulation des Instituts die Inflation um 0,9 Prozentpunkte höher und die inländische Wirtschaftsleistung um 0,2 % geringer. Neben den Konflikten im Nahen Osten bilden die Entwicklungen in der Ukraine, Unsicherheiten in der Handelspolitik und potenzielle Korrekturen an den Finanzmärkten weitere internationale Risikofaktoren.

Hinsichtlich der heimischen Risikofaktoren würden stärkere Zweitrundeneffekte nach dem Energiepreisanstieg die Inflationsrate erhöhen und damit die Realeinkommen dämpfen. Ein stärkerer Anstieg der Lohnstückkosten würde die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie verringern. Ein kräftiger Rückgang der Inflation könnte hingegen das Konsumklima verbessern und das Wachstum stärken.

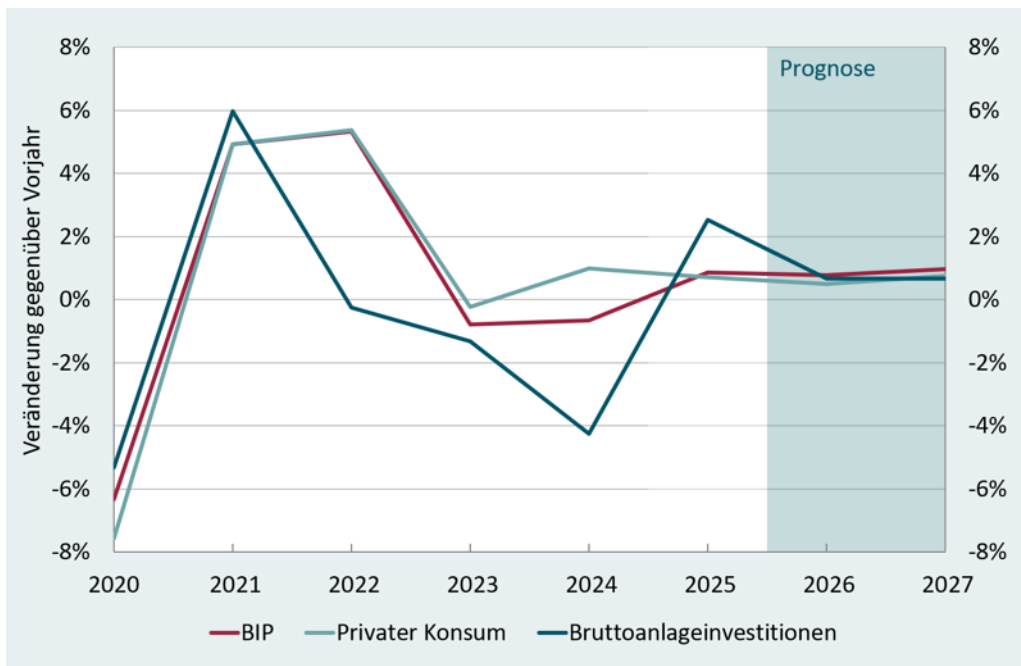
Tabelle 1: Hauptergebnisse der IHS-Prognose
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt, real	0,8	0,8	1,0
Privater Konsum, real	0,7	0,5	0,7
Bruttoinvestitionen, real	5,0	0,9	1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,5	0,7	0,7
Ausstattungsinvestitionen, real	6,5	2,5	1,5
Bauinvestitionen, real	-2,3	-1,8	-0,5
Inlandsnachfrage, real	1,2	0,7	0,8
Exporte i. w. S., real	1,2	1,5	2,1
Waren, real (laut VGR)	1,1	1,3	2,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2,2	2,0	2,0
Importe i. w. S., real	1,8	1,4	1,9
Waren, real (laut VGR)	1,6	1,2	1,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,6	2,0	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0,2	0,5	0,6
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	7,4	7,5	7,3
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,7	5,8	5,6
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	3,6	2,1	2,4
Preisindex des BIP	3,2	2,0	2,2
Verbraucherpreisindex	3,6	3,0	2,3
Budgetsaldo laut Maastricht (% des BIP) ⁱ	-4,2	-4,0	-3,7
3-Monats-Euribor ⁱ	2,2	2,4	2,8
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	3,0	3,3	3,6

ⁱabsolute Werte

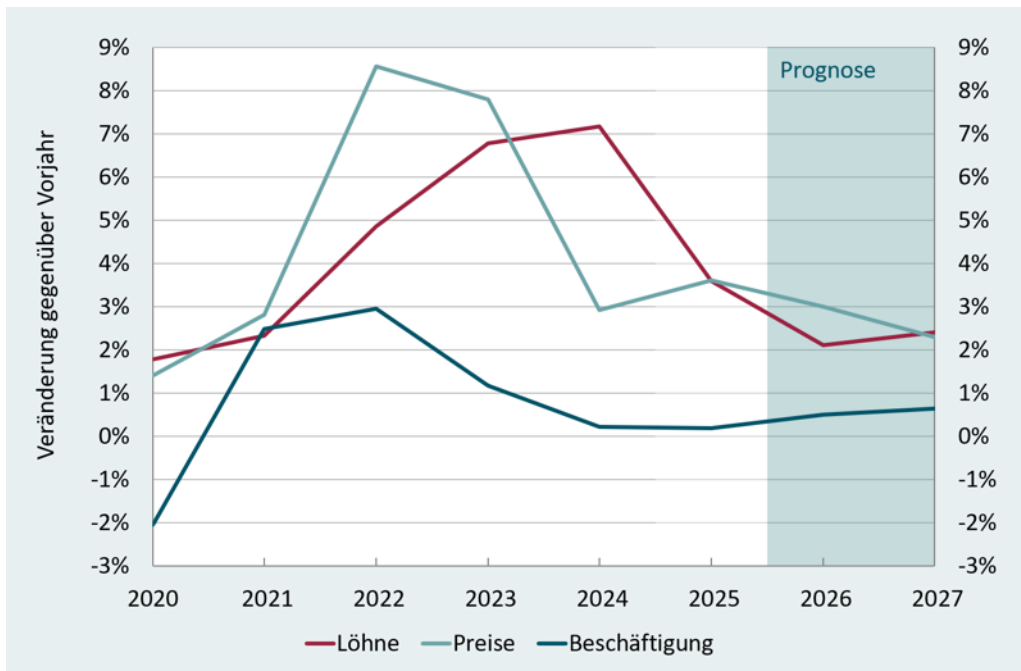
Quelle: Statistik Austria, LSEG Datastream, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



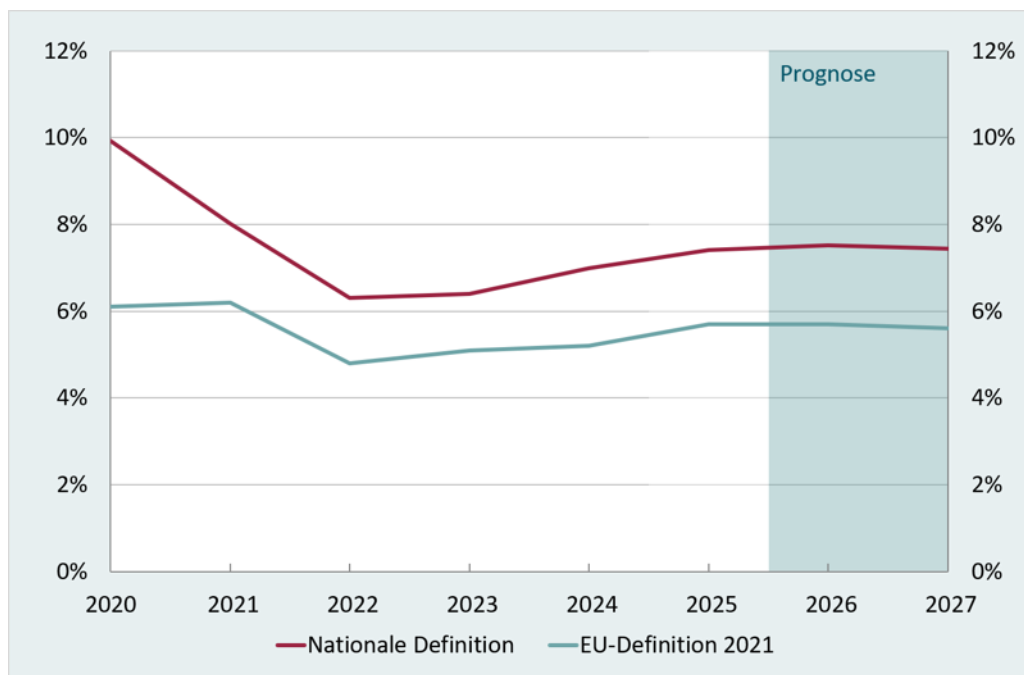
Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



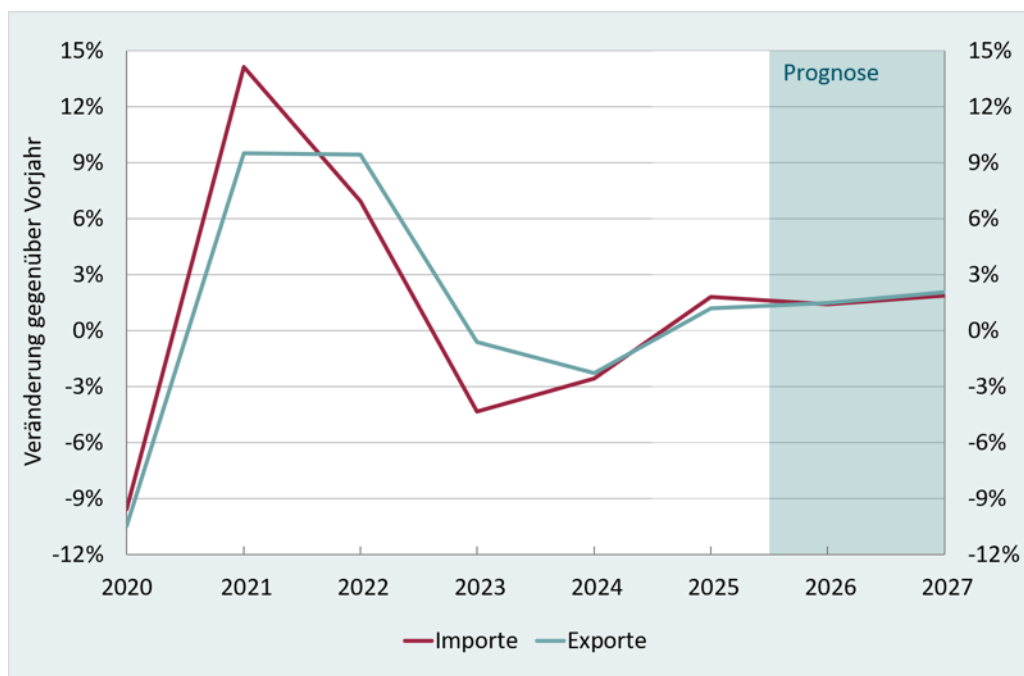
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



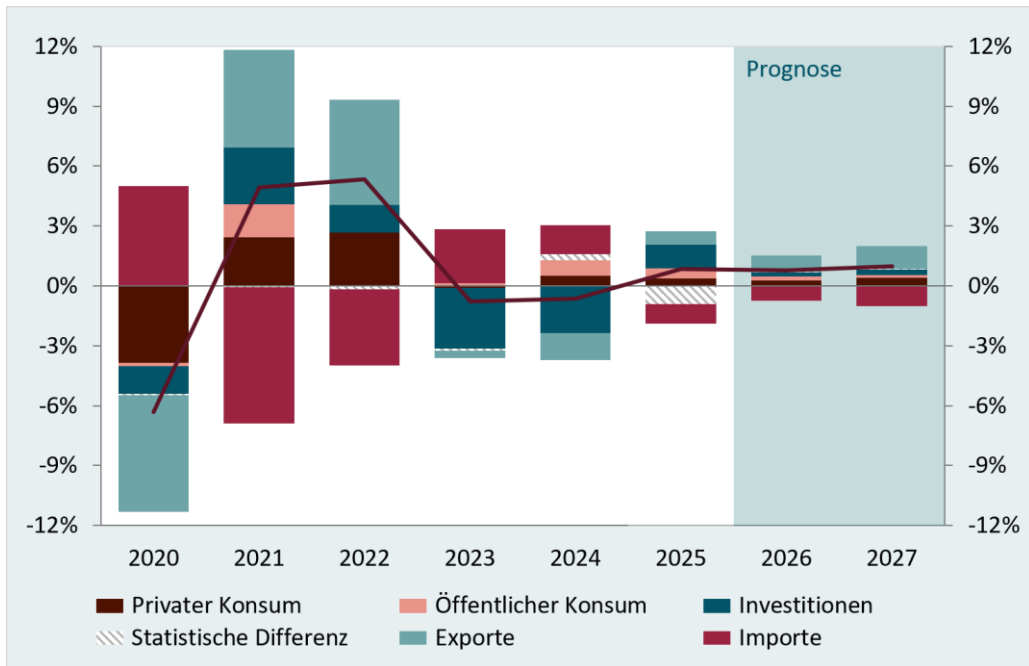
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



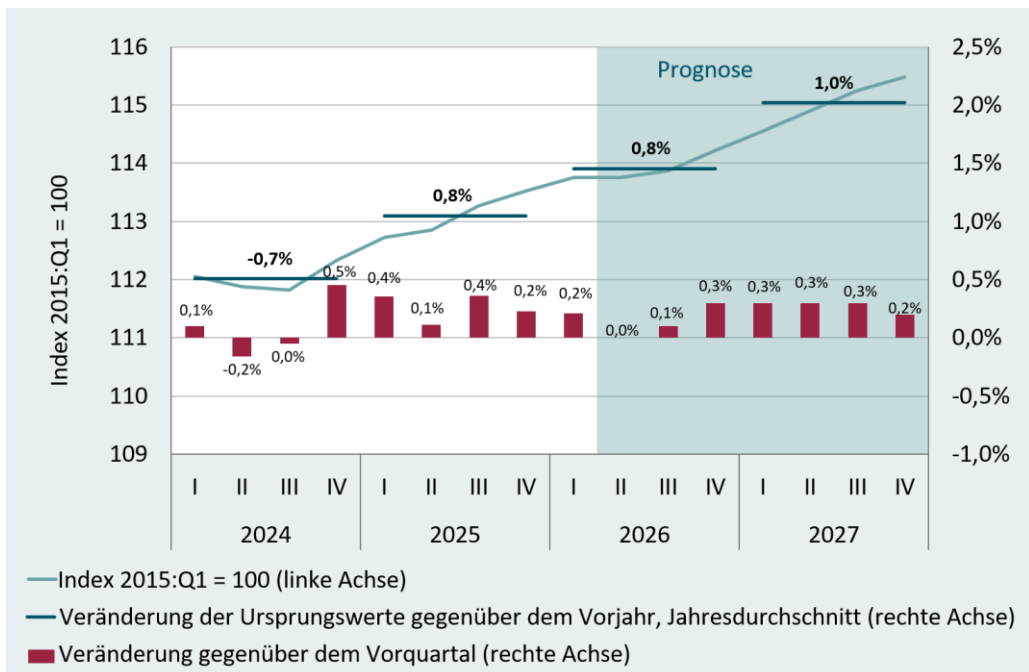
Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistik Austria, ab 2. Quartal 2026 Prognose des IHS

2 Internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Im Frühsommer 2026 wird die **Weltwirtschaft** weiterhin maßgeblich durch die Folgen des Iran-Kriegs beeinflusst. Seit dem Beginn des Kriegs der USA und Israels gegen den Iran am 28. Februar war die Straße von Hormus weitgehend gesperrt. Normalerweise werden durch diese Meerenge rund 20 % des weltweiten Öl- und Flüssiggasangebots transportiert. Außerdem befinden sich in der Golfregion wesentliche Produktionsstandorte für Düngemittel, Aluminium, Schwefel, petrochemischer Basisstoffe sowie Helium, das unter anderem für die Halbleiterfertigung, die Glasfaserproduktion und die Medizintechnik wichtig und kaum substituierbar ist. Die aus der Blockade der Straße von Hormus resultierenden Angebotseinschränkungen und Störungen in den globalen Lieferketten haben die Weltmarktpreise für Rohöl, Erdgas sowie viele Industrie- und Agrarrohstoffe kräftig steigen lassen. Mit der am 17. Juni zwischen den USA und dem Iran unterzeichneten Grundsatzvereinbarung, die unter anderem vorsieht, dass unmittelbar nach Inkrafttreten die faktische Blockade der Straße von Hormus beendet wird, zeichnet sich eine deutliche Entspannung bei den internationalen Lieferketten und den Rohstoffpreisen ab. Gleichwohl sind viele Details noch offen. So steht im Raum, dass der Iran und der Oman künftig eine Gebühr für die Passage durch die Straße von Hormus erheben werden, was die Kosten für den Seetransport im Vergleich zur Situation vor dem Krieg verteuern würde. Außerdem sieht die Vereinbarung vor, dass innerhalb von 60 Tagen ein endgültiges Abkommen erzielt werden soll.

Im ersten Quartal setzte die Weltwirtschaft ihre moderate Expansion fort. In der Gruppe der OECD-Länder beschleunigte sich das Wachstum der Wirtschaftsleistung von 0,2 % im vierten Quartal 2025 auf 0,4 % im ersten Quartal 2026. Dies ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass sich die Konjunktur in den USA erholte, nachdem dort die wirtschaftliche Aktivität im Herbst 2025 durch eine mehrere Wochen andauernde Stilllegung der Bundesverwaltung gebremst worden war. Auch im Vereinigten Königreich und in Japan beschleunigte sich das Wachstum. Innerhalb der Schwellenländer blieb das Wachstum in China und in Indien kräftig, in Brasilien beschleunigte es sich deutlich.

Das globale Wachstum der Industrieproduktion blieb laut Daten des niederländischen CPB im ersten Quartal mit 0,7 % stabil. Vor allem in Asien war das Wachstum kräftig, während es im Euroraum schwach blieb. Der Iran-Krieg führte im März zu einem Rückgang der Industrieproduktion. Global sank sie im Monatsvergleich um 1,7 %, in der Region Afrika und Naher Osten brach sie um 26 % ein. Der Iran-Krieg

dürfte sich vor allem im zweiten Quartal negativ auf die Produktion und den weltweiten Warenhandel ausgewirkt haben. Dieser erhöhte sich im ersten Quartal insgesamt gemäß CPB-Daten deutlich um 3,5 %. Dies ist auf eine kräftige Belebung im Jänner und Februar zurückzuführen. In den ersten beiden Monaten war vor allem der Warenaustausch innerhalb Asiens sehr lebhaft. Insbesondere stiegen im Durchschnitt des ersten Quartals die Einfuhren Chinas um 14,6 % und die Ausfuhren um 11,3 %. Aber auch der Außenhandel der USA war nach diesen Daten im ersten Quartal robust, während sich im Euroraum der Rückgang fortsetzte. Infolge des Iran-Kriegs ging im März der Welthandel um 2,1 % zurück. Dabei brachen die Exporte der Region Afrika und Naher Osten um rund ein Drittel, die Ausfuhren Chinas um knapp 17 % und die Exporte der anderen asiatischen Schwellenländer um knapp 10 % gegenüber Februar ein. Der RWI/ISL-Containerumschlagindex signalisiert auch für April einen Rückgang des Welthandels. Der Index sank für die chinesischen Häfen besonders kräftig, aber auch für die nordeuropäischen Häfen zeigt sich ein Rückgang. Daher dürfte der Welthandel im zweiten Quartal sehr schwach gewesen sein und sich ab Sommer auch mit der Öffnung der Straße von Hormus nur langsam erholen. Wegen der kräftigen Expansion zu Jahresbeginn ergibt sich laut IHS-Prognose im Jahresdurchschnitt 2026 ein Wachstum des Welthandels um 3,3 %. Die Delle im zweiten und dritten Quartal 2026 drückt das jahresdurchschnittliche Wachstum auch im kommenden Jahr, sodass für 2027 trotz der allmählichen Belebung nur ein Wert von 1,5 % erwartet wird.

Der Iran-Krieg hat die Preise für Erdöl, Erdgas sowie einige Industriemetalle und Dünger kräftig steigen lassen. So übersprang der Preis für Erdöl der Sorte Brent zeitweise die Marke von 100 US-Dollar, nachdem der Preis unmittelbar vor Kriegsbeginn bei rund 70 US-Dollar gelegen hatte. Gleichzeitig verdoppelte sich der Gaspreis am europäischen Handelsplatz TTF zwischenzeitlich auf 60 Euro je MWh. Mit dem Rahmenabkommen zwischen den USA und dem Iran haben die Öl- und Gaspreise stark nachgegeben. Am 18. Juni kostete ein Barrel Öl der Sorte Brent zur Lieferung in zwei Monaten 77 US-Dollar und damit knapp 15 US-Dollar weniger als eine Woche davor. Der TTF-Gaspreis belief sich am 18. Juni auf rund 41 Euro je MWh. Auch die Preise für einige Industriemetalle gaben deutlich nach. Da die Normalisierung der Verschiffung von Erdöl und Flüssiggas durch die Straße von Hormus einige Zeit dauern wird und zudem während des Kriegs Infrastruktur zur Förderung und Verschiffung von Öl und Gas beschädigt wurde, dürften die Rohstoffpreise aber noch längere Zeit höher als vor Beginn des Iran-Kriegs bleiben. Dieser Prognose liegt im Einklang mit den Notierungen an den Terminmärkten die Annahme zugrunde, dass die Öl- und Gaspreise nur graduell zurückgehen. Für den Jahresdurchschnitt 2026 wird ein Ölpreis von 85 US-Dollar, für 2027 von 75 US-Dollar je Barrel erwartet.

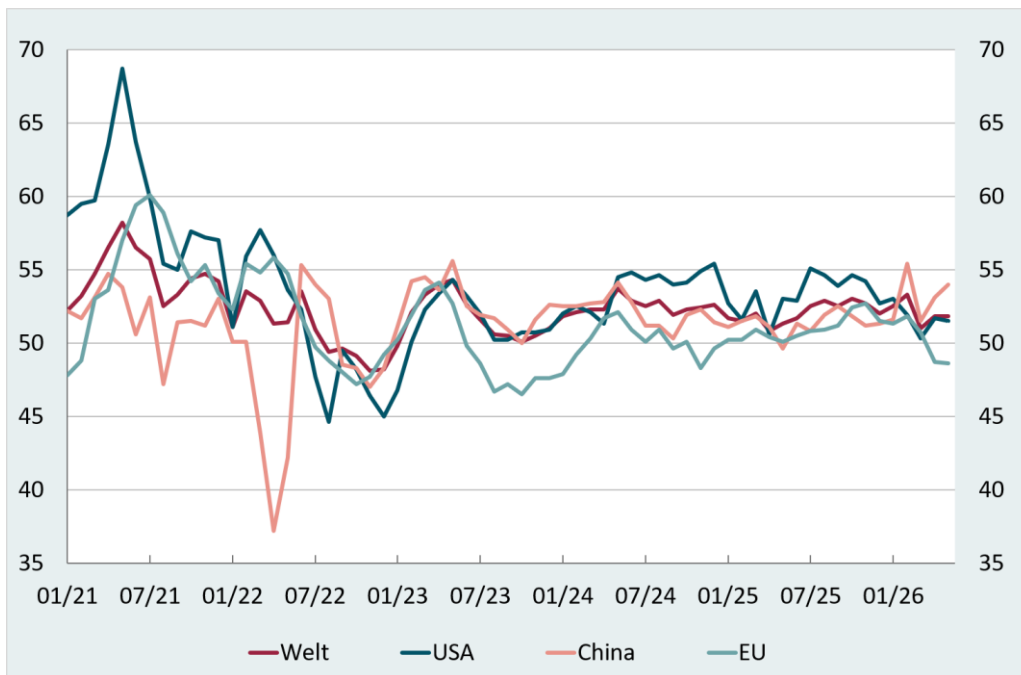
Neben dem Iran-Krieg wird die Weltwirtschaft weiterhin durch die US-Zollpolitik beeinflusst. Nachdem der oberste Gerichtshof der USA am 20. Februar 2026 den größten Teil der im vergangenen Jahr eingeführten US-Importzölle für rechtswidrig erklärt hatte, wurde umgehend auf einer anderen gesetzlichen Grundlage ein pauschaler Zollsatz von 10 % eingeführt. Diese Regelung darf aber ohne Zustimmung des Kongresses nur für 150 Tage in Kraft bleiben und läuft daher am 4. Juli aus. Was anschließend gelten wird, ist noch immer unklar. Zudem laufen wegen der derzeitigen Regelung Gerichtsverfahren. Im Handel zwischen der EU und den USA sollen nach einer Vereinbarung, die im vergangenen Jahr beschlossen worden war und zu der das Europäische Parlament Mitte Juni seine Zustimmung gegeben hat, die Einfuhrzölle auf US-Industrieprodukte wegfallen. Im Gegenzug sollen auf die meisten EU-Produkte, die in die USA gehen, maximal 15 % Einfuhrzoll gelten. Außerdem soll die EU den Marktzugang für Agrarprodukte und Meeresfrüchte aus den USA erleichtern. Nicht zuletzt da im Abkommen vorgesehen ist, dass die EU die Regelung außer Kraft setzen kann, wenn die USA dagegen verstoßen, bleibt die handelspolitische Unsicherheit hoch. Auch die Unklarheit über die generellen US-Importzölle nach dem 4. Juli und die anhängigen Gerichtsverfahren wegen der Rückzahlung der nach dem US-Höchstgerichtsurteil vom 20. Februar widerrechtlich erhobenen Zölle halten die handelspolitische Unsicherheit hoch.

Der Iran-Krieg hat die Energiepreise und damit die allgemeine Inflation seit März wieder kräftig steigen lassen. In der Gruppe der OECD-Länder erhöhte sich die Inflation von 3,4 % im Februar auf 4,0 % im März und 4,4 % im April. Dazu trugen in erster Linie die Energiepreise bei. Hier stieg die Veränderung von –0,5 % im Februar auf 13,2 % im April. Auch in den USA (4,2 %) und im Euroraum (3,2 %), jeweils im Mai, stieg die Inflation wegen der starken Verteuerung von Energierohstoffen kräftig. Die Europäische Zentralbank reagierte auf die höhere Inflation am 11. Juni mit einer Erhöhung der drei Leitzinssätze um jeweils 0,25 Prozentpunkte. Die US-Notenbank Fed ließ in ihrer Sitzung am 17. Juni die Spanne für den Leitzins bei 3,50 % bis 3,75 %.

Der Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar war im gesamten bisherigen Jahr weitgehend stabil. Mitte Juni kostete ein Euro rund 1,16 US-Dollar, im bisherigen Jahresdurchschnitt 1,17 US-Dollar. Für diese Prognose wird für die Jahre 2026 und 2027 ein durchschnittlicher Kurs von 1,16 bzw. 1,18 US-Dollar je Euro unterstellt.

Wie es mit der internationalen Konjunktur weitergeht, hängt entscheidend von der Situation am Persischen Golf ab. Umfragebasierte Indikatoren wie die globalen Einkaufsmanagerindizes hatten bereits vor der Grundsatzvereinbarung zwischen den USA und dem Iran eine weitere moderate Expansion der Weltwirtschaft erwarten lassen (Abbildung 7).

Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen



Quelle: LSEG Datastream

Sollte das Rahmenabkommen halten, würden sich der internationale Handel allmählich beleben und die Öl- und Gaspreise weiter sinken. Allerdings werden die Energiepreise wohl wegen der Schäden an Förderanlagen und Verladestationen im Prognosezeitraum höher bleiben, als es ohne den Krieg zu erwarten gewesen wäre. Außerdem bleibt die handelspolitische Unsicherheit hoch, und die gestiegene Inflation sowie die vielerorts gestraffte Geldpolitik belasten Konsum bzw. Investitionen. Ein Motor der Weltkonjunktur dürfte der zunehmende Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) bleiben. Der Bedarf an zusätzlichen Datenverarbeitungskapazitäten und hohe Ausgaben für Forschung und Entwicklung beflügeln die Investitionen. Der mit den KI-Anwendungen verbundene hohe Elektrizitätsbedarf erfordert umfangreiche Investitionen in die Stromerzeugung und die Übertragungsnetze. Alles in allem dürfte das globale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 2,7 % und im kommenden Jahr um 2,9 % zulegen, was gegenüber dem Jahr 2025 eine deutliche Verlangsamung bedeutet. Für die Gruppe der OECD-Länder werden für die Jahre 2026 und 2027 Wachstumsraten von 1,5 % bzw. 1,6 % erwartet.

Die Risiken für die Weltwirtschaft bleiben hoch. Insbesondere besteht das Risiko, dass die Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran über ein endgültiges Friedensabkommen scheitern und die Kämpfe wieder aufflammen. Dann könnte auch die Straße von Hormus erneut blockiert werden. Darüber hinaus ist unklar, ob auch die Angriffe Israels auf den Libanon eingestellt werden bzw. welche Auswirkungen es

hat, falls dies nicht der Fall sein sollte. Zudem besteht das Risiko von Neubewertungen an den Börsen im Zusammenhang mit dem KI-Boom. So beruhen die massiven Investitionen in diesem Bereich auf hohen Erwartungen hinsichtlich Produktivität und Rentabilität. Sollten diese Erwartungen enttäuscht werden, könnten Investitionskürzungen und Kursverluste an den Börsen die Konjunktur beeinträchtigen. Außerdem besteht das Risiko, dass der weltweite Anstieg der Staatsverschuldung zu höheren Zinssätzen führt bzw. die Staaten zu einer restriktiveren Finanzpolitik gezwungen sein werden.

2.2 Länder und Regionen

Im **Euroraum** ist die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2026 um 0,2 % gesunken, nach einem Anstieg um 0,2 % im vierten Quartal 2025. Der Rückgang zu Jahresbeginn ist darauf zurückzuführen, dass in Irland das Bruttoinlandsprodukt um 12,1 % sank. Der statistische Ausweis des BIP in Irland wird wesentlich durch Aktivitäten multinationaler Unternehmen beeinflusst. Änderungen in der Bilanzierung von Lizenzrechten dieser Unternehmen werden als Investitionen verbucht und beeinflussen somit das Bruttoinlandsprodukt, sie gehen aber nicht mit realwirtschaftlichen Aktivitäten einher. Hinzu kommt, dass im Vorfeld angekündigter US-Einfuhrzölle auf Pharmaprodukte Anfang vergangenen Jahres die Produktion und der Export solcher Erzeugnisse in Irland außerordentlich kräftig ausgeweitet worden waren. Die Pharmaproduktion, die ein hohes Gewicht in der irischen Industrieproduktion hat, normalisiert sich nun. Ohne Irland expandierte die Wirtschaftsleistung im Euroraum im ersten Quartal 2026 um 0,3 %, nach 0,4 % im vierten Quartal 2025. Unter den vier größten Volkswirtschaften verzeichneten Deutschland und Italien (jeweils 0,3 %) sowie Spanien (0,6 %) Zuwächse, während in Frankreich das BIP um 0,1 % zurückging.

Der private Konsum expandierte im ersten Quartal mit 0,2 % halb so stark wie im vierten Quartal 2025. Diese Verlangsamung ist wesentlich auf den Kaufkraftentzug durch die höhere Inflation zurückzuführen, wodurch sich das ohnehin gedämpfte Verbrauchervertrauen verschlechterte. Die Investitionen gingen zurück. Hier dürften sich die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit und die zunehmende Konkurrenz aus China negativ ausgewirkt haben. Ebenfalls rückläufig waren die Exporte, während der Staatskonsum ausgeweitet wurde. Entstehungsseitig sank die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft, während sie mit Ausnahme der Finanzdienstleistungen in den Dienstleistungsbereichen ausgeweitet wurde.

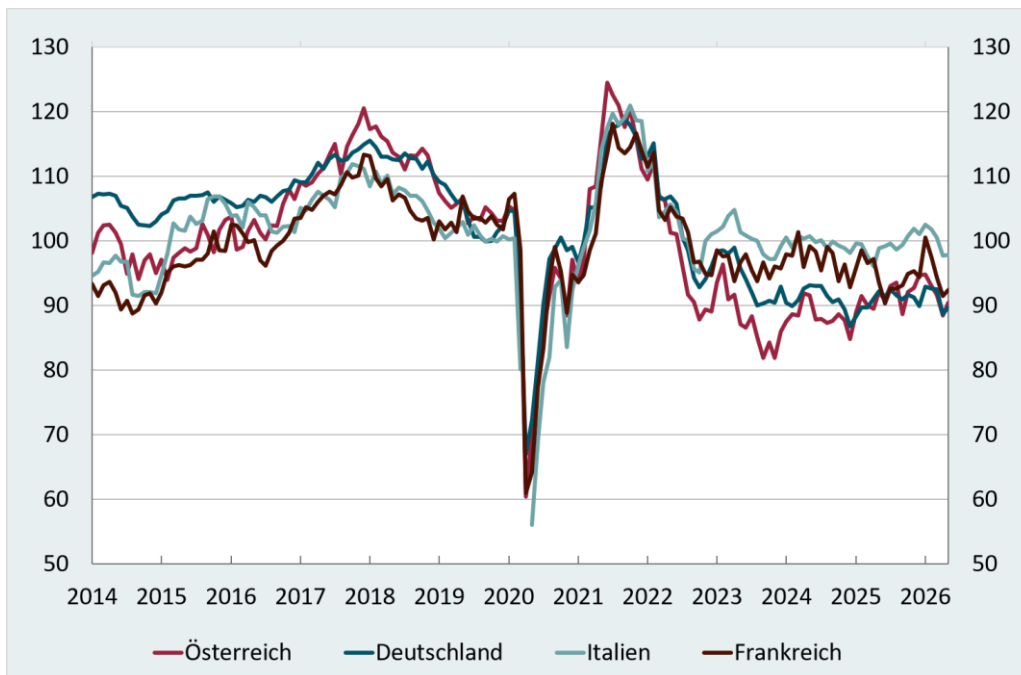
Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote hat sich auf dem niedrigen Niveau von 6,3 % stabilisiert. Die Zahl der Beschäftigten stieg im ersten Quartal 2026 um 0,1 %, nach

0,2 % im vierten Quartal. Volatiler verläuft die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Diese sank zu Jahresbeginn 2026 um 0,2 %, nachdem sie im vierten Quartal 2025 um 0,5 % gestiegen war. Die Inflation zog seit dem Iran-Krieg spürbar an. Nachdem die Verbraucherpreise im Februar um 1,9 % gestiegen waren, nahm die Teuerung bereits im März auf 2,6 % zu und beschleunigte sich bis Mai auf 3,2 %. Maßgeblich hierfür war die Energiekomponente, bei der sich die jährliche Veränderung von –3,1 % im Februar auf knapp 11 % im April und Mai erhöhte. Inzwischen haben sich die höheren Energiepreise auch in den Dienstleistungspreisen niedergeschlagen. Hier beschleunigte sich der Preisaufrtrieb von 3,0 % im April auf 3,5 % im Mai. Damit hat auch die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) angezogen und erreichte im Mai 2,6 %, nach 2,2 % im April. In ihrer Sitzung am 11. Juni erhöhte die EZB die drei Leitzinssätze um jeweils 0,25 Prozentpunkte, sodass der Einlagesatz nun 2,25 % beträgt. An den Finanzmärkten wird noch zumindest eine weitere Leitzinserhöhung um abermals 0,25 Prozentpunkte im laufenden Jahr erwartet, da die Inflation trotz des Mitte Juni unterzeichneten Rahmenabkommens zwischen den USA und dem Iran noch länger über dem EZB-Ziel von 2 % bleiben dürfte. Der Wage Tracker der EZB, der laufende Kollektivverträge erfasst, zeigt für das Jahr 2026 bei Glättung von Einmalzahlungen einen Anstieg der Tariflöhne um 2,3 % an, nach 3,2 % im Jahr 2025.

Von der Finanzpolitik dürften insgesamt expansive Wirkungen ausgehen, trotz der in den vergangenen Jahren gestiegenen Staatsverschuldung und ungeachtet der gegen einige Länder laufenden Verfahren wegen übermäßiger Defizite. Zusätzliche Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben stützen die Konjunktur ebenso wie in vielen Ländern beschlossene Maßnahmen zur Entlastung von Haushalten und Unternehmen von den gestiegenen Energiekosten.

Hinsichtlich des Konjunkturausblicks deuten die Indikatoren auf eine Fortsetzung der moderaten Expansion hin, wenngleich der Ausblick gedämpfter ist als vor dem Iran-Krieg. So hat der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) der Europäischen Kommission im April und Mai einen Teil des im März erlittenen Rückgang wettgemacht, sein Vorkriegsniveau aber noch nicht wieder erreicht (Abbildung 8).

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Quelle: Europäische Kommission, LSEG Datastream

Die Folgen der höheren Inflation dürften die Konjunktur noch längere Zeit belasten. So ist die Neigung der privaten Haushalte gering, größere Anschaffungen zu tätigen. Die Exporte dürften von den gestiegenen US-Zöllen und der schwachen Wettbewerbsfähigkeit gebremst werden. Stützend wirken die Investitionen in die digitale Transformation, die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung, die Verteidigung und die Anpassung an den Klimawandel. Alles in allem zeichnet sich kein kräftiger Aufschwung ab, und die Expansion dürfte unter der Potenzialwachstumsrate bleiben. Im zweiten und im dritten Quartal 2026 dürfte die Wirtschaftsleistung kaum steigen, sodass sich für den Jahresdurchschnitt lediglich eine Zunahme um 0,5 % ergibt. Auch im kommenden Jahr dürfte das Wachstum mit 1,1 % verhalten sein (Tabelle 2). Die Inflation dürfte im Jahresdurchschnitt mit 2,9 % deutlich höher als im vergangenen Jahr sein und auch im Durchschnitt des kommenden Jahres mit 2,3 % über der EZB-Zielmarke liegen. Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich stabil bleiben.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2025	2026	2027
BIP-Veränderung	1,4	0,5	1,1
Arbeitslosenquote	6,3	6,3	6,2
HVPI-Inflation	2,1	2,9	2,3

Quelle: Eurostat, ab 2026 Prognose des IHS

Die Wirtschaft der **Vereinigten Staaten** blieb im ersten Quartal 2026 auf einem Expansionspfad und das BIP stieg um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal. Sowohl der private als auch der öffentliche Konsum trugen zum Wirtschaftswachstum bei. Der öffentliche Konsum stieg nach dem Rückgang im Zuge der Stilllegung der Bundesverwaltung im Schlussquartal 2025 wieder kräftig an. Das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen wurde durch Ausrüstungsinvestitionen im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz getrieben, während die Bauinvestitionen rückläufig waren. Sowohl die Exporte als auch die Importe stiegen nach Rückgängen im vierten Quartal kräftig an. Die Importe waren infolge der Zollpolitik aber deutlich niedriger als im Vergleichsquarter des Vorjahres. Die BIP-Nowcasts der Federal Reserve Banken von Atlanta und New York weisen aktuell auf eine Fortsetzung der Expansion im zweiten Quartal hin. Auch der ISM-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe hat sich seit dem Ende des letzten Jahres stark verbessert und lag im Mai bei 54,0. Die ISM-Umfrage im Dienstleistungsbereich deutete mit einem Wert von 54,5 ebenfalls auf eine solide Expansion hin, allerdings sind die Indizes durch die Positivzählung längerer Lieferwartezeiten (in normalen Zeiten assoziiert mit höherer Nachfrage) nach oben verzerrt. Im Zuge des Iran-Kriegs und des damit einhergehenden Ölpreisanstiegs zog auch der ISM-Preisindex stark an. Die Umfrage der University of Michigan unter Konsument:innen signalisierte steigende Inflationserwartungen. Zugleich verschlechterte sich die Konsumstimmung seit Februar aufgrund steigender Spritpreise.

Nach der Abkühlung, die im vergangenen Jahr am Arbeitsmarkt zu beobachten war, signalisierten die Beschäftigungszuwächse der letzten Monate eine Stabilisierung. In den vergangenen drei Monaten lag das Beschäftigungswachstum im Durchschnitt bei 188.000 neuen Stellen, allerdings beschränkten sich die Zuwächse auf einige wenige Wirtschaftssektoren wie etwa Gesundheit, Bildung sowie Freizeit und Gastgewerbe. Die Arbeitslosenquote war im Mai mit 4,3 % unverändert gegenüber dem Durchschnitt des vergangenen Jahres. Das Wachstum der durchschnittlichen Stundenlöhne verlangsamte sich kontinuierlich und lag im Mai bei 3,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Demgegenüber stieg die Inflationsrate seit Februar und lag im Mai bei 4,2 %. Daher beließ die Notenbank Fed die Bandbreite der Federal Funds Rate

nach den drei Leitzinssenkungen des letzten Jahres seit Dezember unverändert zwischen 3,50 % und 3,75 %. Die Entwicklungen im Nahen Osten tragen zu einer erhöhten Unsicherheit bei, was den Wirtschaftsausblick dämpft. Darüber hinaus bleiben die US-Handelspolitik und das erhöhte Budgetdefizit Faktoren, die die Konjunktur belasten können. Für die Jahre 2026 und 2027 wird ein BIP-Wachstum von 2,0 % bzw. 1,8 % prognostiziert.

Die Wirtschaftsleistung **Japans** legte im ersten Quartal 2026 gegenüber dem Vorquartal um 0,5 % zu. Im Vergleich zum Vorjahresquartal erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 0,4 %. Getragen wurde die Entwicklung vor allem von robusten Exporten sowie vom öffentlichen Konsum und von Infrastrukturinvestitionen. Auch der private Konsum entwickelte sich, gestützt durch kräftige Lohnabschlüsse, mit einem Plus von 0,3 % positiv. Dämpfend wirkten hingegen die Unternehmensinvestitionen, die um 0,7 % zurückgingen. Ausschlaggebend dafür waren insbesondere rückläufige Investitionen in Software und Produktionsmaschinen. Die Auslandsnachfrage leistete einen Wachstumsbeitrag von 0,4 Prozentpunkten, begünstigt durch eine Erholung der Autoexporte.

Nach einem Rückgang im Februar zog die Inflationsrate gegen Ende des ersten Quartals wieder an. Im Mai lag sie bei 1,5 %. Ausschlaggebend für den Anstieg waren vor allem der schwache Yen sowie die infolge des Iran-Kriegs erneut gestiegenen Importkosten für Rohöl. Der Anstieg der Lebensmittelpreise, der in den ersten Monaten des Jahres noch zu den wesentlichen Inflationstreibern gezählt hatte, beruhigte sich hingegen weiter, nicht zuletzt aufgrund langsamer steigender Reispreise. Die Kerninflationsrate (ohne Nahrungsmittel und Energie) lag mit 1,8 % unter dem Inflationsziel der Notenbank von 2 %.

Mitte Juni hob die Bank of Japan ihren Leitzins von 0,75 % auf 1,0 % an und signalisierte zugleich die Möglichkeit weiterer Zinsschritte. Damit erreichte der Leitzins den höchsten Stand seit 31 Jahren. Die Zentralbank reagierte damit auf den zunehmenden Preisdruck, der vor allem auf die infolge des Iran-Kriegs stark gestiegenen Energiepreise sowie die Yen-Abwertung zurückzuführen ist. Der sinkende Ölpreis nach dem im Juni 2026 geschlossenen Rahmenabkommen zwischen den USA und dem Iran verringert jedoch das Risiko weiterer drastischer Zinsschritte infolge einer energiegetriebenen Inflationswelle.

Die Arbeitslosenquote sank im April auf 2,5 %. Zur Schließung akuter Personallücken verfolgt Japan eine Doppelstrategie: Einerseits setzt das Land auf gezielte und kontrollierte Zuwanderung, andererseits treibt es den Einsatz von Robotik und Künstlicher Intelligenz massiv voran. Ergänzend versucht die Politik, bislang ungenutzte Arbeitskräftepotenziale im Inland stärker zu mobilisieren, etwa durch ein höheres

Pensionsalter und eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen. Im Oktober 2025 erreichte die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte mit 2,57 Millionen Menschen einen neuen Höchststand. Die größten Herkunftsgruppen bildeten Beschäftigte aus Vietnam, China und den Philippinen.

Die Regierung hat für die kommenden fünf Jahre ein Förderprogramm im Umfang von 6,3 Mrd. US-Dollar für „Physische KI“ aufgelegt. Ziel ist die Entwicklung von KI-Systemen, die nicht nur Daten verarbeiten, sondern auch physische Prozesse autonom steuern können – etwa in Fabrikrobotern, autonomen Lieferfahrzeugen oder Logistiksystemen. Damit soll insbesondere die Automatisierung von Lieferketten weiter vorangetrieben werden. Anfang Juni verabschiedete die Regierung zudem einen Nachtragshaushalt von mehr als 19 Mrd. US-Dollar, um auf die wirtschaftlichen Belastungen durch den Nahost-Konflikt und die sprunghaft gestiegenen Energiepreise zu reagieren. Im Vordergrund stehen dabei direkte Entlastungen für Haushalte und Unternehmen, insbesondere durch Subventionen für Strom- und Gasrechnungen während der Sommermonate.

Eine Wiederöffnung der Straße von Hormus dürfte die stark importabhängige japanische Wirtschaft deutlich entlasten. Da Japan über kaum eigene Rohstoffvorkommen verfügt, profitiert das Land besonders von der Entspannung bei Energiepreisen und Transportwegen. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem und nächsten Jahr um jeweils 0,7 % expandieren.

In der **Volksrepublik China** beschleunigte sich das BIP-Wachstum im ersten Quartal dieses Jahres auf 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zum vierten Quartal 2025 legte das BIP um 1,3 % zu. Getragen wurde die Dynamik vor allem von einer kräftigen Expansion der Industrieproduktion um 6,1 % sowie einem Exportzuwachs von rund 15 %. Auch die Investitionen in Produktionsanlagen nahmen deutlich zu, während der Immobiliensektor schwach blieb. Der private Konsum entwickelte sich hingegen verhalten. So stiegen die Einzelhandelsumsätze im Vorjahresvergleich lediglich um 2,4 %. Staatlich geförderte Austauschprogramme für Haushaltsgeräte und Elektronik setzten aufgrund reduzierter Budgets kaum zusätzliche Impulse. Zudem verringerte der Rückgang der Autoverkäufe um rund 9 % im ersten Quartal die Konsumausgaben spürbar. Im April schwächte sich die Dynamik der Industrieproduktion ab, zugleich verlangsamte sich das Wachstum im Einzelhandel und im Gastgewerbe weiter.

Besonders dynamisch entwickelte sich im ersten Quartal hingegen die High-Tech-Industrie, begünstigt durch umfangreiche staatliche Investitionen im Zuge des anlaufenden 15. Fünfjahresprogramms. Deutliche Zuwächse verzeichneten insbesondere die Bereiche Halbleiter und Chips, die Produktion von Industrierobotern sowie die E-

Mobilität. Kräftige Steigerungen verzeichneten auch die Warenexporte in die ASEAN-Staaten, die EU und nach Afrika, während die Ausfuhren in die USA um rund 16 % zurückgingen. Zu den wichtigsten Exportgütern Chinas zählen inzwischen Kraftfahrzeuge. Sie liegen bereits an vierter Stelle der bedeutendsten Warenausfuhren, hinter Smartphones und Computern. Allerdings befindet sich die Kraftfahrzeugindustrie in einer Übergangs- und Konsolidierungsphase, da die jahrelange massive Förderung schrittweise zurückgefahren wird.

Im laufenden Jahr wertete der Yuan gegenüber US-Dollar und Euro moderat auf, gestützt durch Chinas starken Außenhandel. Die Verbraucherpreisinflation stieg im Mai auf 1,2 %. Während rückläufige Lebensmittel- und Wohnkosten den Preisauftrieb dämpften, wirkten höhere Preise für Energie, Gesundheit, Bildung und Kultur inflationsstrebend. Die Kerninflation ohne Energie und Lebensmittel lag bei 1,1 %.

Die Entwicklung im ersten Halbjahr spricht dafür, dass die Wirtschaft auch in der Prognoseperiode stark exportabhängig bleiben wird. Die Zentralbank hat angekündigt, die moderat expansive Geldpolitik fortzusetzen, um die Kreditvergabe der Banken zu stimulieren und gleichzeitig den strukturellen Wandel der Wirtschaft zu unterstützen. Der Bankkreditbestand ging im April gegenüber März zurück, lag im Jahresvergleich jedoch weiterhin um 5,5 % höher. Das Wachstum wurde ausschließlich von Unternehmenskrediten getragen, während Kredite an private Haushalte um 2,6 % sanken. Der Rückgang des privaten Kreditbestands hält bereits seit November 2025 an.

Außenwirtschaftlichen Unsicherheiten, die Immobilienkrise, die hohe Verschuldung lokaler Regierungen, und die schwache Inlandsnachfrage zählen weiterhin zu den zentralen Herausforderungen der chinesischen Wirtschaft. Eine Wiederöffnung der Straße von Hormus dürfte Chinas Wirtschaft kurzfristig entlasten, zugleich jedoch neue strategische Risiken mit sich bringen. Zwar profitiert der weltweit größte Netto-Ölimporteur deutlich von stabileren Energiemärkten, zugleich verliert China jedoch seine Sonderrolle als bevorzugter Abnehmer verbilligten iranischen Öls. Insgesamt erwartet das Institut eine Abschwächung des BIP-Wachstums auf 4,5 % im Jahr 2026 und 4,3 % im Jahr 2027.

In **Deutschland** stieg die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2026 um 0,3 %, nach 0,2 % im vierten Quartal 2025. Besonders kräftig nahm zu Jahresbeginn weiterhin der Staatskonsum zu. Der private Konsum stagnierte. Besonders schwach waren die Investitionen. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen gingen spürbar zurück. Dagegen konnten die Exporte kräftig zulegen, wobei die Dienstleistungsexporte um knapp 10 % gegenüber dem Vorquartal expandierten. Da die Importe kaum ausgeweitet wurden, ging vom Außenbeitrag ein spürbarer

positiver Wachstumsbeitrag aus. Die Industrie konnte ihre Wertschöpfung deutlich steigern, während die Produktion in der Bauwirtschaft und in den meisten Dienstleistungsbereichen sank.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war schwach. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen war im April um 0,2 % niedriger als im Dezember, die Zahl der Arbeitslosen war im Mai um 0,3 % höher als Ende vergangenen Jahres. Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) liegt seit März 2025 stabil bei 6,3 %. Die Inflationsrate ist durch den Energiepreisschub deutlich gestiegen. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex beschleunigte sich die Inflation von 2,0 % im Februar auf 2,9 % im April, bevor sie im Mai leicht auf 2,7 % zurückging. Getrieben wird die Inflation durch die kräftige Verteuerung von Energie, aber im Mai erhöhte sich auch die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) auf 2,6 %.

Im Prognosezeitraum stützt die expansive Finanzpolitik die Konjunktur. Zusätzliche Ausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz erhöhen die öffentlichen Investitionen. Hingegen dämpfen die stark gestiegenen Energiepreise die Kaufkraft der privaten Haushalte und ihre Konsumausgaben. Die höheren Energie- und Finanzierungskosten bremsen die Investitionen der Unternehmen. Deshalb dürfte die Wirtschaftsleistung im zweiten und dritten Quartal stagnieren. Darauf deuten auch Frühindikatoren wie der ifo Geschäftsklimaindex hin. Dieser hat sich im April und im Mai zwar von seinem im März erlittenen Einbruch ein Stück weit erholt, sein Niveau von vor dem Iran-Krieg aber noch nicht wieder erreicht. Die ifo Exporterwartungen sind im Mai auf den tiefsten Wert seit einem Jahr gesunken. Die Auswirkungen des Kriegs nehmen im Verlauf des Prognosezeitraums ab, sodass die Konjunktur etwas Fahrt aufnimmt. Sie wird neben der expansiven Finanzpolitik durch sinkende Energiepreise und eine anziehende Weltwirtschaft gestützt. Belastend wirken weiterhin der hohe Konkurrenzdruck aus China und der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Jahr um 0,7 % und im kommenden Jahr um 1,0 % steigen.

Die **italienische Wirtschaft** hat im ersten Quartal mit einem Anstieg um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal ihre moderate Expansion fortgesetzt. Während der private Konsum ausgeweitet wurde, hat der öffentliche Konsum stagniert. Die Bruttoanlageinvestitionen und die Exporte sind angestiegen, wohingegen die Importe zurückgingen. Auf der Angebotsseite wurde die Expansion durch einen Anstieg der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor getrieben, während das Verarbeitende Gewerbe stagnierte und der Bausektor leicht rückläufig war. Der Fremdenverkehr verzeichnete im ersten Quartal mit einem Anstieg der Nächtigungen ausländischer Gäste um 23,0 % gegenüber dem Vorjahresquartal eine positive Entwicklung. Die Nächtigungen inländischer Gäste stiegen um 8,7 %. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich weiterhin

robust. Während die Beschäftigung auf einem Rekordniveau liegt, hat sich das Beschäftigungswachstum seit Mitte des vergangenen Jahres verlangsamt. Die Arbeitslosenquote ging im April auf 5,1 % zurück und lag damit auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die Inflationsrate stieg seit Februar und lag im Mai bei 3,2 %. Der Anstieg der Inflation war hauptsächlich auf die Preisentwicklung bei der Energie zurückzuführen. Investitionen in die Infrastruktur, die aus dem NextGenerationEU-Fonds finanziert und noch bis Ende des Jahres ausgezahlt werden, sollten weiterhin die Konjunktur stützen. Das Budgetdefizit dürfte im laufenden und im nächsten Jahr unter der Maastricht-Grenze von 3,0 % liegen. Während die Investitionen die Konjunktur weiterhin unterstützen sollten, dämpft die schwächere Realeinkommensentwicklung den Konjunkturausblick. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einem BIP-Wachstum von 0,6 %. Für das Jahr 2027 wird ein BIP-Wachstum von 0,8 % prognostiziert.

In **Frankreich** ging das BIP im ersten Quartal um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Sowohl der private Konsum als auch die Bruttoanlageinvestitionen verzeichneten Rückgänge, während der öffentliche Konsum zulegte. Es wurden vor allem der Energiekonsum und die Bauinvestitionen reduziert. Zu Rückgängen kam es auch bei den Exporten und Importen, wobei der starke Rückgang der Exporte überwiegend auf den Luftfahrtsektor zurückzuführen war. Während die Industrieproduktion im ersten Quartal zurückging, haben die Einzelhandelsumsätze stagniert. Die Arbeitslosenquote lag im April bei 8,2 %. Sie hatte im Jänner 2025 mit 7,3 % einen Tiefstand erreicht und stieg seitdem kontinuierlich. Die Inflationsrate stieg seit Februar stetig an und lag im Mai bei 2,4 %. Der Anstieg wurde vor allem durch höhere Energiepreise verursacht. Die Realeinkommen stagnierten im ersten Quartal und das Verbrauchervertrauen fiel im Mai auf den tiefsten Stand seit Anfang 2023. Die Haushalte hielten die Sparquote mit 17,9 % auf einem historisch hohen Niveau.

Das Geschäftsklima hat sich seit Februar eingetrübt. Nach dem anfänglichen Schock durch den Ausbruch des Iran-Kriegs hat sich laut der Unternehmensumfrage der Banque de France die Unsicherheit im April leicht verringert, sie blieb jedoch auf einem hohen Niveau. Die Unternehmen äußern weiterhin Bedenken hinsichtlich der Preise für Vorleistungen und Lieferkettenunterbrechungen. In der Industrie haben sich die Auftragsbestände im April in den meisten Teilbranchen erneut leicht verschlechtert und lagen insgesamt deutlich unter ihrem langfristigen Durchschnitt, mit Ausnahme der Luftfahrt- und der Elektroindustrie. Auch im Baugewerbe schwächten sich die Auftragsbestände ab, insbesondere im Hochbau. Die Erholung bei Einfamilienhäusern verlief weiterhin schwach, ebenso wie die Belebung bei den öffentlichen Aufträgen, die aufgrund der Kommunalwahlen vorübergehend ausgesetzt waren. Im laufenden Jahr soll das Budgetdefizit auf rund 5,0 % zurückgehen. Das Institut

rechnet für das Jahr 2026 mit einem BIP-Wachstum von 0,7 %. Für das Jahr 2027 wird ein BIP-Anstieg von 1,0 % erwartet.

Im ersten Quartal 2026 zeigte sich in den **mittel- und osteuropäischen EU-Ländern** ein differenziertes konjunkturelles Bild. In Ungarn, Slowenien, Bulgarien und Polen expandierte die Wirtschaft gegenüber dem Vorquartal robust, mit Wachstumsraten zwischen 0,8 % in Ungarn und 0,6 % in Polen. Im Vorjahresvergleich erzielten Polen, Slowenien und Bulgarien mit jeweils über 3 % die höchsten BIP-Zuwächse. In Rumänien und Kroatien hingegen stagnierte die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal. In Rumänien belasteten drastische Sparmaßnahmen der Regierung und die anhaltend hohe Inflation den privaten Konsum erheblich. In Kroatien waren vor allem rückläufige Exporte und eine spürbare Verlangsamung des öffentlichen Konsums für die schwache Dynamik verantwortlich. In der Slowakei und in Tschechien erhöhte sich das BIP gegenüber dem Vorquartal jeweils nur leicht um 0,2 %.

In Polen, Tschechien, Kroatien und Ungarn ging das BIP-Wachstum vor allem auf die robuste Entwicklung des privaten Konsums zurück. Anhaltende Reallohnzuwächse, niedrige Arbeitslosigkeit und eine rückläufige Sparneigung stützten dort die Konsumnachfrage. In Rumänien und Bulgarien bildete hingegen die Investitionstätigkeit in Infrastruktur, gespeist durch Mittel aus dem EU-Wiederaufbaufonds, die wichtigste Wachstumsstütze. In der Slowakei trugen insbesondere Ausrüstungsinvestitionen in der Automobilindustrie zum Wachstum bei. Aufgrund des rückläufigen privaten Konsums leisteten die Nettoexporte in Rumänien einen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum. In allen übrigen Ländern der Region belastete der Außenhandel hingegen das Quartalswachstum.

Die Teuerungsrate stieg in den Monaten März und April sprunghaft an und blieb im Mai hoch. Ausschlaggebend waren der globale Energieschock infolge des Iran-Kriegs sowie das weiterhin hohe Lohnwachstum in vielen Ländern. In mehreren Ländern liefen im Frühjahr befristete staatliche Entlastungsmaßnahmen aus, darunter reduzierte Mehrwertsteuersätze auf Grundnahrungsmittel und Energiepreisdeckel. Teilweise wurden sie, wie in Rumänien, durch Konsolidierungspakete ersetzt. Dies verstärkte den Anstieg der Verbraucherpreise zusätzlich. Entsprechend lag die Inflation im Mai in Rumänien bei 9,7 %, in Bulgarien bei 6,3 % und in Kroatien bei 4,9 %. In Tschechien und Ungarn blieben die Inflationsraten mit 1,8 % bzw. 2,3 % auch im Mai vergleichsweise moderat. Eine Wiederöffnung der Straße von Hormus dürfte vorerst bei den Energiekosten Entlastung verschaffen. Dabei mindern die fallenden Energiepreise das Risiko erheblicher Zusatzbelastungen kurz vor der wichtigen Phase der Gasspeicherbefüllung für den kommenden Winter.

Vor dem Hintergrund günstiger Inflationsaussichten zu Jahresbeginn senkten die ungarische Zentralbank Ende Februar und die polnische Zentralbank Anfang März 2026 ihre Leitzinsen jeweils um 25 Basispunkte. In Polen blieb der Leitzins im Mai und Juni bei 3,75 %, womit der Zinssenkungszyklus vorerst zum Stillstand kam. In Ungarn beließ die Zentralbank den Leitzins im April und Mai bei 6,25 %. Damit liegt er EU-weit nur noch unter dem rumänischen Niveau von 6,50 %. Der Rückgang der Rohstoffpreise eröffnet den nationalen Zentralbanken zusätzlichen Spielraum, auf Zinserhöhungen zu verzichten, und entlastet zugleich die lokale Industrie.

Die Fiskalpolitik wird in den mittel- und osteuropäischen Ländern im Prognosezeitraum von der angespannten budgetären Lage geprägt. Aufgrund einer Fortsetzung des Konsolidierungskurses ist in Rumänien mit einem Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits von 7,9 % im Jahr 2025 auf 6,2 % im Jahr 2026 zu rechnen. In der Slowakei wird für 2026 eine leichte Erhöhung des gesamtstaatlichen Defizits auf 4,6 % des BIP erwartet. In Ungarn beläuft sich das Budgetdefizit derzeit auf rund 7 % des BIP. Bis Ende August 2026 sollte dem Parlament ein neues, restriktives Budget vorgelegt werden. Die Freigabe von 16,4 Milliarden Euro an zuvor eingefrorenen EU-Mitteln wurde Ende Mai verkündet. Die Mittel, die sich aus dem Corona-Wiederaufbaufonds und Kohäsionsgeldern zusammensetzen, sollen ab dem vierten Quartal 2026 fließen. Dieser enorme Bargeldzufluss mindert den Kreditbedarf des ungarischen Staates drastisch und nimmt Druck vom Budget.

Im vergangenen Jahr erhöhte sich in Polen das Defizit auf 7,3 % des BIP und lag damit EU-weit nur hinter Rumänien. Ausschlaggebend waren vor allem die stark gestiegenen Verteidigungsausgaben sowie umfangreiche Sozialleistungen. Für 2026 steht das Land daher unter Konsolidierungsdruck. Nach Schätzungen der Europäischen Kommission dürfte das Haushaltsdefizit im laufenden Jahr auf 6,5 % des BIP zurückgehen.

Die Investitionen werden weiterhin durch EU-Mittel gestützt. Die Inanspruchnahme der Aufbau- und Resilienzfazilität dürfte in den kommenden Monaten weiter zunehmen, da das Programm Ende 2026 ausläuft. Mehr als die Hälfte der Mittel wurde bereits ausgezahlt, allerdings unterscheiden sich die Fortschritte bei der Erfüllung der Auszahlungsvoraussetzungen deutlich zwischen den Ländern. An der Spitze liegt Slowenien mit einer Auszahlungsquote von rund 87 % der vorgesehenen Mittel, gefolgt von Kroatien und Tschechien mit jeweils über 70 %. Deutlich zurück bleiben hingegen Rumänien und Polen mit Quoten von lediglich 52 % bzw. 60 %. Die Mittel fließen vor allem in große öffentliche Investitionsprojekte.

Im Rahmen des EU-Verteidigungsprogramms SAFE („Security Action for Europe“), der ersten Säule der Strategie „Readiness 2030“, haben zahlreiche osteuropäische Staaten offiziell ihr Interesse an zinsgünstigen Krediten bekundet. Das Programm, das im

Mai 2025 von den EU-Mitgliedstaaten beschlossen wurde, befindet sich aktuell in der Phase der formalen Genehmigungen und der Bereitstellung der Mittel am Kapitalmarkt. Ein Schwerpunkt vieler Vorhaben werden Infrastruktur- und Doppelnutzungsprojekte (sowohl zivil als auch militärisch nutzbar) sein. Gleichzeitig erhöhen die Kredite die Staatsverschuldung.

Die Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe deuten für die Region im Mai auf eine uneinheitliche Entwicklung hin. Während sich Tschechien und Ungarn in der Wachstumszone befinden, bleiben Polen und Rumänien trotz spürbarer Erholung weiterhin im kontraktiven Bereich. Getragen wird die bessere Dynamik in Tschechien von einer Erholung der Exportnachfrage, insbesondere aus Westeuropa. Insgesamt belasten die massiven Steigerungen bei Seefracht-, Energie- und Transportkosten sowie erhebliche Lieferkettenverzögerungen (die stärksten Lieferfristen-Verlängerungen seit fast vier Jahren), bedingt durch geopolitische Spannungen im Nahen Osten, die Industriebetriebe. Eine baldige Entspannung der geopolitischen Lage könnte die Konjunktur stützen, indem sie Energie- und Transportkosten senkt, den Inflationsdruck reduziert, die realen Einkommen stabilisiert und die Investitionsbereitschaft erhöht. Dadurch würden sowohl die Angebotsseite über geringere Produktionskosten als auch die Nachfrageseite über steigenden Konsum und verbesserte Finanzierungsbedingungen entlastet werden. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den MOEL-5 im Jahresdurchschnitt 2026 um 2,4 % expandieren. Für das Jahr 2027 wird mit einem BIP-Wachstum von 2,5 % gerechnet.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2023	2024	2025	2026	2027
BIP, real					
Deutschland	-0,9	-0,5	0,2	0,7	1,0
Italien	0,9	0,8	0,5	0,6	0,8
Frankreich	1,6	1,5	0,8	0,7	1,0
Vereinigtes Königreich	0,3	1,0	1,4	0,9	1,1
Schweiz	0,8	1,4	1,4	1,1	1,2
USA	2,9	2,8	2,1	2,0	1,8
Japan	0,7	-0,2	1,1	0,7	0,7
China	5,4	5,0	5,0	4,5	4,3
Polen	0,2	3,2	3,6	3,0	2,8
Slowakei	2,1	1,9	0,8	0,6	1,6
Tschechien	0,0	1,3	2,6	2,2	2,3
Ungarn	-0,8	0,7	0,5	1,7	2,3
Slowenien	2,4	1,7	1,1	1,8	2,0
MOEL-5 ⁱ	0,3	2,2	2,6	2,4	2,5
Bulgarien	1,7	3,4	3,1	2,7	2,5
Rumänien	2,3	0,9	0,7	0,0	2,3
Kroatien	3,8	3,8	3,4	2,8	2,3
Russland	4,1	4,9	1,0	0,5	0,8
Euroraum	0,5	1,0	1,4	0,5	1,1
NMS-4 ⁱⁱ	0,5	2,0	2,5	2,1	2,6
EU-27	0,5	1,2	1,5	0,7	1,2
OECD	1,8	1,8	1,8	1,5	1,6
Welt	3,3	3,4	3,4	2,7	2,9
Welthandel (Waren laut CPB)	-0,9	2,6	4,2	3,3	1,5
Österreichische Exportmärkte	-0,1	1,6	4,0	1,8	2,2
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,08	1,08	1,13	1,16	1,18
Rohölpreis (USD je Barrel Brent) ⁱⁱⁱ	82,6	80,5	69,2	85,1	75,0

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-4: Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, LSEG Datastream, ab 2026 Prognose des IHS

3 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft

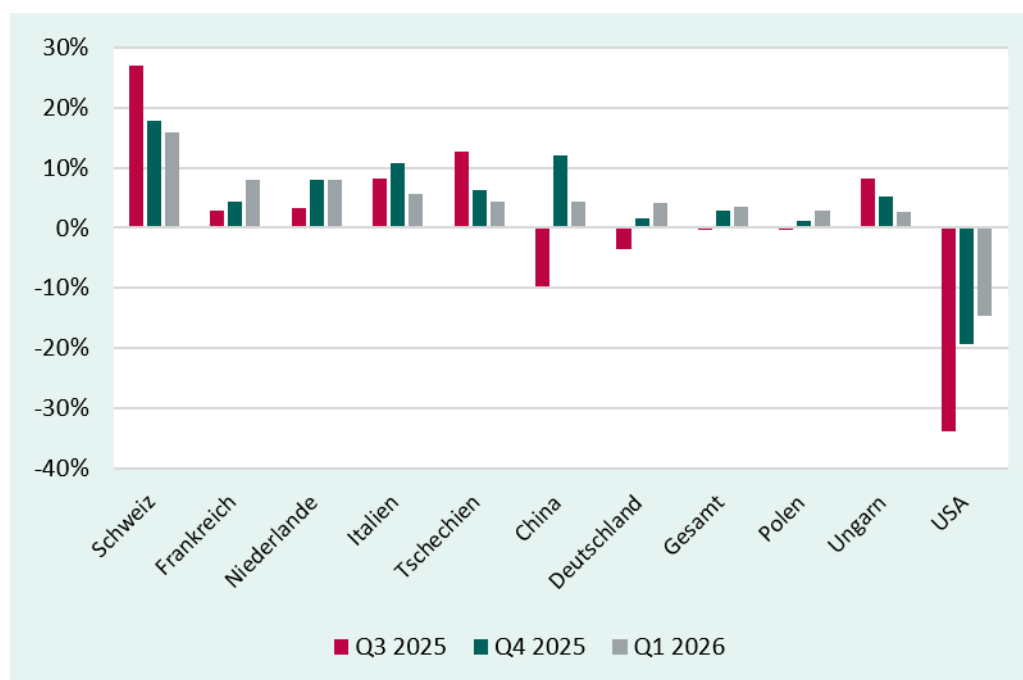
3.1 Außenwirtschaft

Die internationale Nachfrage nach den Produkten heimischer Unternehmen hat seit dem vergangenen Jahr angezogen, die Erholung wird allerdings durch die anhaltenden geopolitischen Spannungen im Nahen Osten sowie die weiterhin hohe handelspolitische Unsicherheit gedämpft. Zwar zeigt sich die Konjunktur in wichtigen europäischen Absatzmärkten, insbesondere in Deutschland, etwas robuster, die positiven Effekte werden jedoch durch den seit März anhaltenden Energiepreisschock teilweise gedämpft. Die Blockade der Straße von Hormus führte zeitweise zu erheblichen Störungen wichtiger Transport- und Lieferketten und belastete insbesondere energieintensive Wirtschaftszweige. Insgesamt bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld daher fragil.

Laut Außenhandelsstatistik lagen die nominellen Warenexporte im ersten Quartal um 3,4 % über den Vorjahreswerten (Abbildung 9). Die Nachfrage aus Deutschland erholt sich kontinuierlich. Im ersten Quartal wurden Waren im Wert von 14,6 Milliarden Euro nach Deutschland exportiert, was einem Anstieg von 4,2 % gegenüber dem Vorjahresquartal entsprach. Die nominellen Exporte von Maschinen und Fahrzeugen, die mit rund 38 % die größte Produktgruppe der Warenexporte nach Deutschland darstellen, verzeichneten einen Zuwachs um 3,5 %. Chemische Erzeugnisse und Bearbeitete Waren, die mit 10,6 % bzw. 21,6 % ebenfalls große Anteile an den gesamten Warenexporten nach Deutschland einnehmen, stiegen um 3,3 % bzw. 1,7 %, während Exporte von Konsumgütern, die einen Anteil von 10,0 % haben, um 3,0 % zurückgingen.

Die Warenexporte in die USA sind im vergangenen Jahr infolge der US-Zollanhebungen eingebrochen. Die Entwicklung blieb auch im ersten Quartal 2026 negativ. Die Ausfuhren beliefen sich auf 3,2 Milliarden Euro und lagen damit um 14,6 % unter dem Vergleichszeitraum im Vorjahr. Die stärksten Rückgänge verzeichneten die Ausfuhren von Chemischen Erzeugnissen (-50,6 %), Konsumgütern (-30,2 %), sowie von Bearbeiteten Waren (-11,3 %), während die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen nach dem Rückgang im letzten Jahr wieder stiegen (8,8 %). Insgesamt deuteten die steigenden Warenexporte im ersten Quartal auf eine Erholung hin. So stiegen die Warenexporte in wichtige Exportdestinationen wie China (4,3 %), Frankreich (8,1 %), Italien (5,6 %), in die Niederlande (8,1 %), nach Polen (2,8 %), Tschechien (4,4 %) und in die Schweiz (16,0 %).

Abbildung 9: Warenexporte nach Ländern



Anmerkung: Nominelle Warenexporte laut Außenhandelsstatistik. Veränderung in % gegenüber dem Vorjahresquartal. Quelle: Statistik Austria

Die Prognose für die Außenwirtschaft ist infolge der Situation im Nahen Osten und der erratischen Handelspolitik mit hoher Unsicherheit behaftet. Der FIW Trade Indicator, der ein Signal über die Entwicklung des Warenaußenhandels am aktuellen Rand gibt, wies bis inklusive Mai generell einen Aufwärtstrend auf und deutete auf eine positive Entwicklung in der ersten Jahreshälfte hin. Die Vorlaufindikatoren hatten sich generell aufgehellt, haben sich aber mit dem Ausbruch des Iran-Kriegs eingetrübt. Die Einschätzung der Auslandsauftragsbestände in der heimischen Sachgüterindustrie hatte sich verbessert, ist aber seit März volatil. Vor diesem Hintergrund wird für das Jahr 2026 nur ein moderater Anstieg der realen Warenexporte um 1,3 % erwartet. Für das Jahr 2027 sollte mit dem Abflauen der negativen Effekte des Energiepreisschocks und einer stärkeren Erholung der globalen Konjunktur wieder eine höhere Wachstumsrate von 2,0 % möglich sein.

Im ersten Quartal 2026 wurden laut Außenhandelsstatistik Waren im Wert von 50,7 Milliarden Euro importiert und Waren im Wert von 49,5 Milliarden Euro exportiert. Das Handelsbilanzdefizit belief sich daher auf 1,2 Milliarden Euro. Es resultierte nicht nur aus schwachen Warenexporten, sondern auch aus der Erholung der Warenimporte. Für die Jahre 2026 und 2027 werden Anstiege der realen Warenimporte um 1,2 % bzw. 1,8 % erwartet.

Die Tourismussaison verlief seit Beginn des Jahres positiv. Nach einem soliden Start ins Jahr trug das starke Ergebnis im Februar mit einem Anstieg der Nächtigungen ausländischer Gäste um 8,1 % auf 14,7 Millionen dazu bei, dass die Wintersaison insgesamt ein weiteres Rekordniveau erreichte, trotz schwächerer Zahlen im März. Der April blieb mit einem Rückgang um 6,0 % schwach, wurde aber teilweise durch Kalendereffekte wie den Zeitpunkt von Ostern und die Schulferien beeinflusst. Wien verzeichnete zwischen Jänner und April mit 4,4 Millionen Nächtigungen von ausländischen Gästen wieder einen soliden Zuwachs um 3,4 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr. Zusätzlich ist für Mai von positiven Auswirkungen auf den Fremdenverkehr durch die Veranstaltung des Eurovision Song Contests auszugehen. Das Institut rechnet für das laufende und das nächste Jahr mit einem Anstieg der realen Reiseverkehrsexporte um jeweils 2,0 %.

Insgesamt wird für das laufende Jahr ein verhaltenes Wachstum der realen Exporte i. w. S. um 1,5 % prognostiziert. Für das Jahr 2027 wird eine Erholung und damit ein Anstieg um 2,1 % erwartet. Für die realen Importe i. w. S. wird im laufenden Jahr ein Anstieg um 1,4 % prognostiziert. Für das Jahr 2027 geht das Institut von einem Zuwachs um 1,9 % aus.

3.2 Privater Konsum

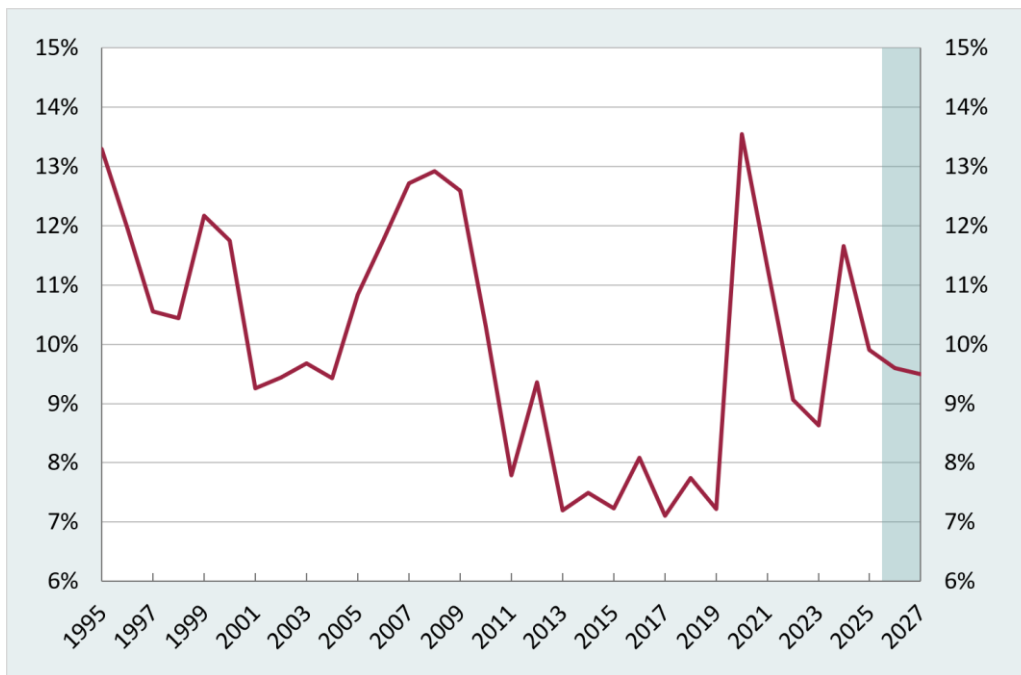
Gegenüber der Frühjahrsprognose haben sich die Aussichten auf eine nachhaltige Stabilisierung der Energiepreise verbessert, auch die Einkommensdynamik der Haushalte ist erstarkt. Damit können sich im laufenden Jahr Österreichs Haushalte leichter Realeinkommensgewinne erfreuen. Sie müssen allerdings erst langsam Vertrauen zurückgewinnen und nützen die noch geringfügige Erweiterung ihres Ausgabenspielraums nicht aus. Die Prognose der Konsumdynamik bleibt insgesamt unverändert. Diese Einschätzung wird durch die monatlich erhobenen Indikatoren gestützt, die ein uneinheitliches Bild zeigen, vor allem bei den Umsätzen im Einzelhandel. Die Pkw-Neuanmeldungen weisen allerdings außergewöhnlich starke Aktivität aus und wachsen im Jahresvergleich mit zweistelligen Raten.

Zur Befriedigung ihrer Konsumbedürfnisse kommen die Haushalte nicht ohne Rückgriffe auf angesparte Vermögen aus, denn die Entwicklung der Realeinkommen überzeugt bis zum Ende des Prognosezeitraums nicht ganz. Im vergangenen Jahr waren die real verfügbaren Haushaltseinkommen sogar um 1,3 % geschrumpft, aber auch heuer nehmen sie nur um magere 0,2 % zu. Erst im kommenden Jahr weist die IHS-Prognose wieder ein deutlicheres Wachstum von 0,6 % aus. Demgegenüber expandiert der **reale Konsum der Haushalte** im laufenden Jahr um immerhin 0,5 %, im kommenden Jahr um 0,8 %. Aus dieser Diskrepanz ergibt sich eine langsam, aber

kontinuierlich fallende Haushaltssparquote, von den noch recht hohen 9,9 % des Vorjahres über heuer 9,6 % auf 9,5 % im Jahr 2027.

Gegenüber der Frühlingsprognose des IHS hat sich die Einschätzung der Dynamik der Realeinkommen geringfügig verbessert. Hingegen bleibt die IHS-Prognose der Entwicklung der Konsumausgaben unverändert. Aus diesen beiden Aspekten ergibt sich, dass sich der Rückgang der Haushaltssparquote gegenüber der letzten Prognose etwas abschwächt.

Abbildung 10: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 10 zeigt die Entwicklung der **Haushaltssparquote** über die letzten Jahrzehnte. In der jüngsten Epoche wird die Grafik von den beiden Spitzen in den Jahren 2020 und 2024 dominiert. Diese deutlich zweistelligen Werte entsprechen wahrscheinlich nicht den längerfristigen Wünschen und Plänen der Haushalte. Wenn ein Zielwert für die Spartätigkeit überhaupt existiert, so erhalten derzeit Vermutungen Auftrieb, dass er sich gegenüber den Jahren vor 2020 nachhaltig gehoben hat. Andererseits ist die makroökonomische Konsumfunktion statistisch äußerst stabil und beschreibt die Nachfrage des Vorjahres im Rückblick sehr genau. Seit 2025 ist jedenfalls eine fallende Tendenz zu erkennen, da die Haushalte die Einbußen oder zumindest die als zu gering empfundenen Wachstumsraten der Realeinkommen abfedern. Die Haushaltssparquote kommt gegen Ende des Prognosezeitraums einem möglichen Sollwert von gut 9 % nahe.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** hat sich in den vergangenen Jahren unregelmäßig entwickelt, wobei recht starke Zuwachsraten aufgetreten sind, aber auch einzelne Einbrüche. Die Prognose der Wachstumsraten in beiden Prognosejahren bleibt für dieses Aggregat unverändert, nämlich 0,5 % und 0,7 %. Der private Konsum insgesamt ergibt sich als Summe des Haushaltskonsums und der Non-Profit-Dienste. Für die beiden Jahre 2026 und 2027 prognostiziert das IHS hier Zuwächse von 0,5 % und 0,7 %.

3.3 Investitionen

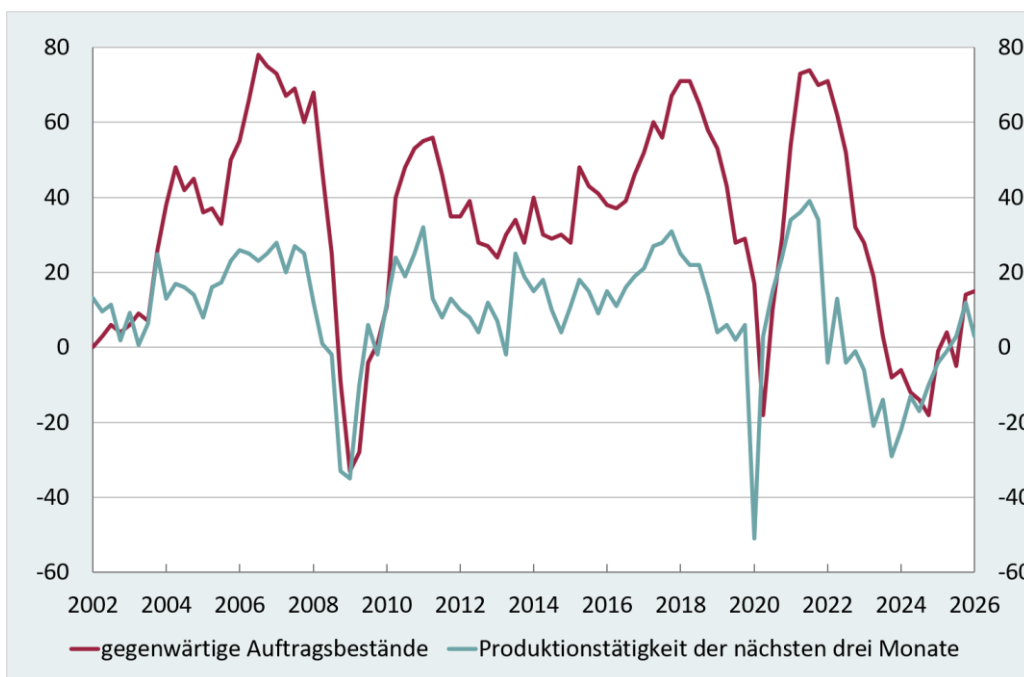
Die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** wurden im vergangenen Jahr kräftig um 6,5 % ausgeweitet. Dabei stiegen die Anschaffungen von Fahrzeugen sowie von Maschinen und Geräten mit rund 10 % besonders stark. Dies reflektiert die Erholung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, wodurch auch die Kapazitätsauslastung deutlich gestiegen ist. Sie liegt dennoch mit rund 84 % noch immer um etwa einen Prozentpunkt unter ihrem langjährigen Durchschnitt (Abbildung 12). Die starke Entwicklung der Investitionstätigkeit im vergangenen Jahr dürfte neben der verbesserten Industriekonjunktur zu einem beträchtlichen Teil einem Ersatzbedarf geschuldet sein, der sich infolge der Investitionsschwäche der vergangenen Jahre aufgestaut hat.

Im ersten Quartal 2026 konnten die Ausrüstungsinvestitionen kaum noch zulegen. Saisonbereinigt waren sie um 0,6 % höher als im vierten Quartal 2025. Dabei stiegen nur die besonders volatilen Investitionen in neue Fahrzeuge, während die Anschaffungen von Ausrüstungsgütern der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die Investitionen in andere Geräte und Maschinen im Quartalsvergleich sanken. Der Iran-Krieg dürfte die Industrieproduktion vor allem im zweiten und dritten Quartal 2026 belasten. Dies äußert sich auch in den Produktionserwartungen der österreichischen Industrieunternehmen, die nach ihrem zuvor verzeichneten Anstieg wieder zurückgingen (Abbildung 11). Die stabile Beurteilung der Auftragsbestände lässt erwarten, dass die Industriekonjunktur zwar eine Delle, aber keinen Einbruch erlebt. Damit dürften auch die Ausrüstungsinvestitionen zwar nicht ihr starkes Wachstum aus dem vergangenen Jahr beibehalten, aber aufwärts gerichtet bleiben. Eine Abschwächung der Investitionstätigkeit zeigt sich auch in den Angaben der österreichischen Geschäftsbanken im Rahmen der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey). Demnach erwarten die Banken, dass sich der zuletzt beobachtete Anstieg der Nachfrage nach Unternehmenskrediten zunächst nicht fortsetzt. Angebotsseitig haben die Banken seit 2022 die Kreditangebotspolitik laufend verschärft. Der Iran-Krieg hat bisher nicht zu generellen weiteren Verschärfungen beim Kreditangebot geführt. Allerdings verschlechtern sich die Finanzierungsbedingungen für

die Unternehmen aufgrund der Zinsanhebung durch die Europäische Zentralbank. Diese war an den Märkten erwartet worden, sodass im Vorfeld bereits sowohl die kurz- als auch die langfristigen Zinssätze leicht gestiegen waren. Alles in allem dürften die hohe geopolitische Unsicherheit, die schwächere Konjunktur in den kommenden Monaten, vor allem in der Industrie, und die höheren Finanzierungskosten dazu führen, dass sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen auf 2,5 % im Jahresdurchschnitt 2026 sowie 1,5 % im kommenden Jahr abschwächen wird.

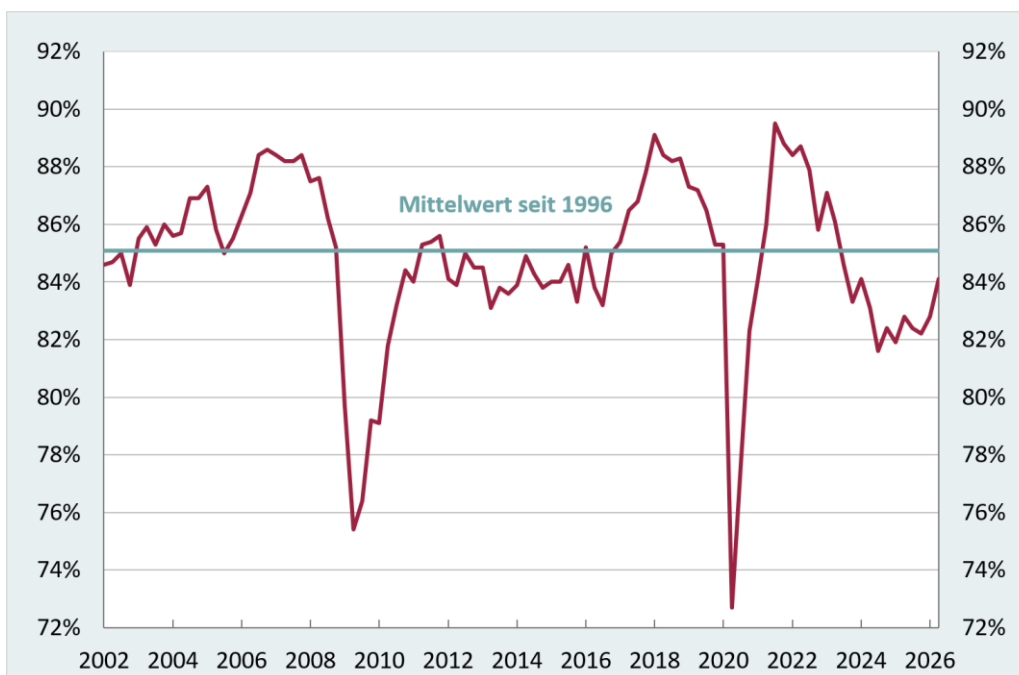
Abbildung 11: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

**Abbildung 12: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen hat im ersten Quartal 2026 weiter leicht nachgegeben. Allerdings hat die Blockade der Straße von Hormus infolge des Iran-Kriegs die Preise für Energierohstoffe deutlich steigen lassen. Bei Industriegütern ohne Energie wirken höhere Energiekosten ebenfalls über energieintensive Produktionsprozesse, Logistikkosten sowie verteuerte Vorleistungen. Darüber hinaus sind in den vergangenen Monaten die Preise für einige Industriemetalle kräftig gestiegen. Dies ist zum Teil ebenfalls auf den Iran-Krieg zurückzuführen. So führten bei Aluminium Produktionsausfälle in den Golfstaaten zu Preissteigerungen. Darüber hinaus treiben der Boom im Bereich der Künstlichen Intelligenz und die Dekarbonisierung der Wirtschaft über eine hohe Nachfrage die Preise für Industriemetalle. Alles in allem dürfte daher der Preisauftrieb bei den Ausrüstungsinvestitionen hoch bleiben und sich nur allmählich auf 2,8 % im laufenden bzw. 2,5 % im kommenden Jahr abschwächen.

Die **realen Bauinvestitionen** sind im vergangenen Jahr weiter gesunken. Sie waren damit um rund 14 % niedriger als im Jahr 2021, als sie ihren Höhepunkt erreicht hatten, und um 9,3 % niedriger als im Jahr 1996. Dabei überschritten die Wohnbauinvestitionen trotz ihres kräftigen Rückgangs in den vergangenen drei Jahren ihren Stand von 1996 um 14,5 %, während die sonstigen Bauinvestitionen um 25,3 % darunter

lagen. Im ersten Quartal 2026 waren die Wohnbauinvestitionen um 0,4 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 1,4 % niedriger als Ende 2025.

Für den Prognosezeitraum ist ein weiterer Rückgang der Bauinvestitionen zu erwarten. Nachdem sich die Baubewilligungen für neue Wohnungen im Jahr 2024 stabilisiert hatten, gingen sie im Jahr 2025 wieder zurück. Mit 47.636 Einheiten waren sie um 3,7 % niedriger als im Jahr 2024 und unterschritten ihren Höchststand aus dem Jahr 2019 um rund 45 %. Auch von der Finanzierungsseite bekommen die Wohnbauinvestitionen Gegenwind. Im Vorfeld der Leitzinserhöhung durch die EZB sind auch die Kreditzinsen für Wohnbaukredite gestiegen, wenn auch nur leicht. Im Zuge der sinkenden Zinsen ist im Jahr 2025 die Nachfrage nach Wohnbaukrediten deutlich gestiegen. Umgekehrt dürfte die Trendwende in der Zinspolitik auch zu einer zurückhaltenderen Kreditnachfrage nach Wohnbaukrediten führen. Hingegen dürften gemäß Bank Lending Survey die Kreditangebotsbedingungen wie schon im ersten Quartal 2026 weiterhin stabil bleiben, also nicht im Zuge des Iran-Kriegs verschärft werden. Die Gebietskörperschaften und die ÖBB dürften im Zuge der Budgetkonsolidierung Bauinvestitionsvorhaben zeitlich verschieben oder im Umfang reduzieren. Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften mit der Delle bei den Ausrüstungsinvestitionen und den steigenden Finanzierungskosten ebenfalls einen Dämpfer erhalten. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 1,8 % und im kommenden Jahr um 0,5 % sinken werden.

Saisonbereinigt steigt der Deflator der Bauinvestitionen seit Mitte 2024 um rund 0,5 % pro Quartal. Für die kommenden Monate ist wegen des Anstiegs der Preise für Öl und andere für die Bauwirtschaft wichtige Materialien und Rohstoffe mit einer stärkeren Teuerung zu rechnen. So sind die Baupreise im Hochbau im ersten Quartal 2026 bereits um 2,0 % im Jahresabstand gestiegen, nach 1,2 % Ende 2025. Im Tiefbau beschleunigte sich der Preisauftrieb von 1,1 % auf 2,5 %. Auch im April und Mai stiegen die Baukosten kräftig. So waren die Kosten für den Wohnhaus- und Siedlungsbau um 5,6 % höher als im Mai des Vorjahres. Im Straßenbau zogen die Kosten um rund 9 %, im Brückenbau und im Siedlungswasserbau um rund 7 % an. Neben den gestiegenen Materialpreisen trugen hierzu auch die Lohnabschlüsse bei, die zum 1. Mai in Kraft getreten sind. Die Lohnkosten stiegen in einigen baurelevanten Branchen um rund 3 %. Da der Preisauftrieb bei den Baumaterialien wohl nur allmählich nachlässt, dürfte der Deflator der Bauinvestitionen im Jahr 2026 um 2,4 % und im Jahr 2027 um 2,3 % zulegen.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** eine Zunahme um jeweils 0,7 % in den beiden Prognosejahren. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus

Lagerbestandsveränderungen) dürften im laufenden Jahr um 0,9 % und im kommenden Jahr um 1,0 % expandieren.

3.4 Öffentliche Haushalte

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist weiterhin von der Budgetkonsolidierung geprägt, die im Prognosezeitraum graduell fortschreitet. Betrug das gesamtstaatliche Defizit im zurückliegenden Jahr noch 4,2 % des nominellen BIP, erwartet das IHS eine Verbesserung auf 4,0 % im heurigen Jahr und 3,7 % im Folgejahr. Trotz erheblicher Konsolidierungsbemühungen verbessert sich der Budgetsaldo im Jahr 2026 nur geringfügig. Geringere Förderungen im Umweltbereich, die nur teilweise Inflationsanpassung öffentlicher Gehälter und Pensionen sowie weitere Einsparungen im Bundeshaushalt dämpfen die Ausgabendynamik. Dem wirken defizitsteigernde Faktoren entgegen. So werden die Zinsausgaben und voraussichtlich auch die österreichischen Beiträge zum EU-Haushalt steigen. Hinzu kommt, dass die demografische Entwicklung die Ausgaben für Pensionen, Gesundheit und Pflege erhöht. Die weiterhin gedämpfte konjunkturelle Dynamik und die infolge höherer Energiepreise wieder stärkere Inflation belasten die öffentlichen Finanzen und verhindern eine deutlichere Verbesserung des Budgetsaldos. Das von der Bundesregierung im Juni angekündigte Doppelbudget 2027/28 umfasst weitere Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Bruttovolumen von bis zu 5 Mrd. Euro, unter Berücksichtigung geplanter „Offensivmaßnahmen“ ergibt sich daraus ein Nettokonsolidierungsvolumen von circa 2,5 Mrd. Euro bis zum Jahr 2028.

Mit dem Doppelbudgetvorschlag für die Jahre 2027/28 setzt die Bundesregierung den Konsolidierungskurs fort. Zu den Maßnahmen zählen die Verlängerung der Bankenabgabe, eine progressive Staffelung des Körperschaftsteuertarifs ab 2028, die Einschränkung des investitionsbedingten Gewinnfreibetrags, höhere Sozialversicherungsbeiträge durch die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage, Anpassungen bei der Immobilienertragsteuer sowie zusätzliche Maßnahmen gegen Steuer- und Sozialbetrug. Ausgabenseitig tragen vor allem moderate Pensionsanpassungen, die Aussetzung weiterer Valorisierungen bei Familien- und Sozialleistungen, Reformen beim Familienbonus, Einsparungen bei Kurleistungen und Förderungen sowie geringere Investitionen und Ausgaben der Bundesverwaltung bei. Demgegenüber sind „Offensivmaßnahmen“ geplant. Im Vordergrund stehen die Senkung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) um einen Prozentpunkt ab 2028 mit einem Entlastungsvolumen von brutto zwei Milliarden Euro jährlich, der Industriestrompreis und die Verlängerung der Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen, die befristete Agrardieselvergütung sowie zusätzliche Mittel für aktive

Arbeitsmarktpolitik, Pflege, Armutsbekämpfung, Elementarpädagogik und Ganztagschulen.

Per Saldo setzt sich die neuerliche Konsolidierung zu zwei Dritteln aus einnahmenseitigen Maßnahmen und zu einem Drittel aus einer Reduktion der Ausgaben zusammen. Unternehmen werden durch die Reduzierung des FLAF-Dienstgeberbeitrags im Jahr 2028 bei den Lohnnebenkosten entlastet. Dem stehen jedoch eine Reihe neuer Belastungen gegenüber, darunter die schrittweise Abschaffung der reduzierten Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Geringverdiener:innen und die außertourliche Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage, die bereits im Jahr 2027 greift. Mittelfristig wird es daher nicht gelingen, die Ausgabenquote deutlich zu senken und so mehr Spielräume für die Finanzpolitik zu schaffen.

Die Schuldenquote ist im zurückliegenden Jahr auf 81,3 % des BIP angestiegen. Das Institut erwartet eine weitere Zunahme auf 83,1 % und 84,3 % in den beiden Prognosejahren. Die Konsolidierungsbemühungen bremsen zwar den Anstieg des öffentlichen Schuldenstands, eine Reduzierung der Schuldenquote kann aber voraussichtlich nicht erreicht werden.

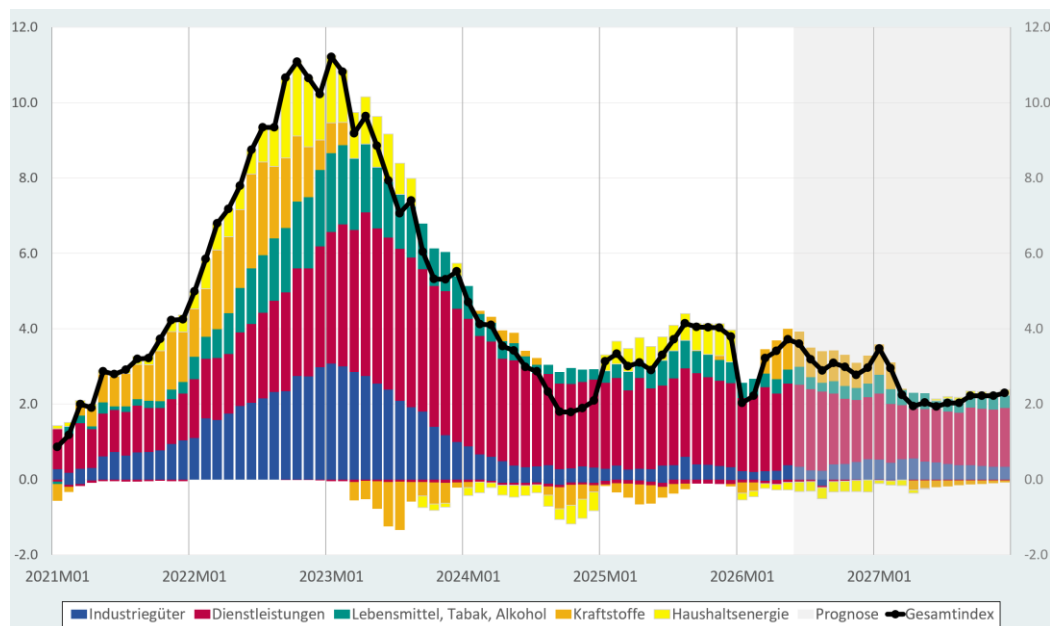
3.5 Löhne und Inflation

Die Zuwächse der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten haben deutlich an Dynamik verloren. Im ersten Quartal 2026 stiegen die Nominallöhne um lediglich 1,2 %, nachdem sie im vierten Quartal 2025 noch um 3,0 % zugelegt hatten. Damit blieb die Lohnentwicklung auch hinter dem Anstieg der Tariflöhne von 2,0 % zurück. Aufgrund der seit Jahresbeginn wieder gestiegenen Inflation erwartet das Institut jedoch eine erneute Beschleunigung der Tariflohnentwicklung und prognostiziert für die Jahre 2026 und 2027 Effektivlohnzuwächse von 2,1 % bzw. 2,4 %. Dabei wird unterstellt, dass infolge der stark gestiegenen Energiepreise im Zuge des Iran-Kriegs zur Wahrung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit nicht die gesamte rollierende Inflation in den Lohnabschlüssen abgegolten wird. Vor dem Hintergrund der erwarteten Inflationsentwicklung implizieren diese Nominallohnzuwächse einen Reallohnverlust von knapp 1 % im Jahr 2026 sowie weitgehend stagnierende Reallöhne im Jahr 2027.

Der durch den Iran-Krieg ausgelöste neuerliche Energiepreisschock treibt die Inflation spürbar an. Ausgehend von 2,0 % zu Jahresbeginn stieg die Inflationsrate bis Mai auf 3,7 % (Abbildung 13). Haupttreiber dieser Entwicklung sind die Energie-, insbesondere die Treibstoffpreise. Gleichzeitig verharrte die Inflation im Dienstleistungsbereich mit 4,4 % auf einem hohen Niveau. Ab der zweiten Jahreshälfte dürfte sich der Preisauftrieb jedoch abschwächen, da sich mit dem Ende des Iran-Kriegs auch die Energiepreise wieder normalisieren sollten. Zudem dürften die moderaten

Kollektivvertragsabschlüsse den Kostendruck im Dienstleistungssektor begrenzen, wengleich insbesondere Verkehrsdienstleistungen – etwa Flugreisen – diesem Trend zunächst noch entgegenwirken könnten.

Abbildung 13: Inflation und Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich
Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeiträge in Prozentpunkten



Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen. Heizöl wird dem Bereich Kraftstoffe zugerechnet und nicht dem Bereich Haushaltsenergie.
 Quelle: Statistik Austria, ab Juni 2026 Prognose des IHS.

Gleichzeitig dürfte die zeitlich verzögerte Weitergabe der gestiegenen Energiekosten entlang der Wertschöpfungskette zu höheren Preisen für Industriegüter führen. Im Mai zeichnete sich bereits eine breit angelegte Beschleunigung der Industriegüterinflation ab, allerdings ausgehend von einem weiterhin niedrigen Niveau von 1,3 %. Auch die Lebensmittelpreise dürften sich den Kostensteigerungen infolge höherer Transport- und Düngemittelpreise nicht vollständig entziehen können. Inflationsdämpfend wirkt hingegen die ab Jahresmitte in Kraft tretende Mehrwertsteuersenkung auf ausgewählte Nahrungsmittel. Darüber hinaus verzeichnen einzelne internationale Rohstoffpreise, etwa für Kaffee, deutliche Rückgänge, die – sofern sie an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden – den allgemeinen Preisaufrieb zusätzlich abschwächen könnten.

Unter der Annahme, dass die Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung zwischen den USA und dem Iran Bestand hat, sieht das Institut derzeit keinen Anlass, seine Inflationsprognose vom Frühling wesentlich zu revidieren. Für den Jahresdurchschnitt 2026 wird ein Anstieg der Verbraucherpreise von 3,0 % erwartet, im

kommenden Jahr dürfte sich die Inflationsrate auf 2,3 % zurückbilden. Damit entwickelt sich die Inflation in Österreich weitgehend im Gleichklang mit jener im Euro-Raum (2,9 % bzw. 2,3 %).

3.6 Arbeitsmarkt

In den letzten Monaten ist die Arbeitsmarktlage robust geblieben und hat sich etwas verbessert. Die Zahl der Beschäftigten legte im Vorjahresvergleich beschleunigt zu und die Arbeitslosigkeit stieg nur noch geringfügig. Seit Herbst 2025 beträgt die (saisonbereinigte) Arbeitslosenquote 7,5 %. Laut Prognose wird die Zahl der Aktiv-Beschäftigten im Prognosezeitraum verhalten ansteigen (0,5 % bzw. 0,6 %). Da auch das Arbeitskräfteangebot moderat zunimmt, dürfte die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 2026 noch etwas ansteigen (1,7 %). Im kommenden Jahr sollte die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen sinken (–1,8 %). Ausgehend von 7,5 % im laufenden Jahr dürfte damit die Arbeitslosenquote im Jahr 2027 auf 7,3 % fallen. Insgesamt hat sich die Einschätzung der Arbeitslage seit dem Frühjahr nicht verändert.

Im Mai stieg die **Aktiv-Beschäftigung** im Jahresabstand um 18.450 Personen (0,5 %). Gestützt von der Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters legte die Zahl der weiblichen Aktiv-Beschäftigten um 15.250 zu, die der männlichen um 3.200. In sektoraler Betrachtung gingen in der Sachgüterproduktion und am Bau Arbeitsplätze verloren (jeweils –0,8 %), hingegen expandierte die Beschäftigung im Dienstleistungssektor (0,9 %). Anders als im Vorjahr zeigen sich dabei kaum Unterschiede zwischen öffentlichem und marktorientiertem Bereich. Das Institut geht davon aus, dass die Beschäftigungsdynamik bis zum Ende des Prognosezeitraums aufwärts gerichtet bleibt. Folglich dürfte die Zahl der Aktiv-Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 2026 um 0,5 % zulegen. Für das kommende Jahr wird eine Zunahme um 0,6 % erwartet, wobei die demografische Entwicklung und die Budgetkonsolidierung bremsend wirken dürften.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Mai 2026
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	8.174	0,2 %
Männer	-956	-0,0 %
Frauen	9.130	0,5 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	15.749	0,4 %
Primärer Sektor	434	0,6 %
Sachgüterproduktion	-7.490	-1,2 %
Bau	-2.652	-1,0 %
Dienstleistungssektor	25.454	0,9 %
Arbeitslose	8.903	2,7 %
Männer	634	0,3 %
Frauen	8.269	6,0 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	-3.097	-3,8 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

In den letzten Monaten hat sich der Anstieg der vorgemerkten **Arbeitslosen** weiter verlangsamt. Im Mai lag deren Zahl um 5.600 bzw. 1,9 % über dem Vorjahresniveau. Im Einklang mit dem stärkeren Anstieg des Arbeitskräftepotenzials stieg die Arbeitslosenzahl bei den Frauen noch um 6.600 Personen (5,0 %). Hingegen ging die Arbeitslosenzahl bei den Männern bereits leicht zurück. In sektoraler Betrachtung erhöhte sich die Arbeitslosigkeit im Dienstleistungsbereich etwas, während sie im produzierenden Bereich geringfügig unter dem Vorjahresniveau lag.

In den nächsten Monaten dürfte sich die Dynamik bei den Arbeitslosen wenig ändern. Im Schnitt der zweiten Jahreshälfte wird die Arbeitslosenzahl laut Prognose noch geringfügig über dem Niveau des Vorjahres liegen. Gegen Jahresende könnte die Arbeitslosenzahl aber bereits zu sinken beginnen. Ausgehend von 317.500 vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte die Arbeitslosenzahl im laufenden Jahr geringfügig auf 323.000 ansteigen. Mit der Konjunkturstabilisierung wird die Arbeitslosenzahl im Jahresschnitt 2027 voraussichtlich auf 317.000 Personen sinken. Dies impliziert für die (nationale) Arbeitslosenquote Werte von 7,5 % bzw. 7,3 %

für die Jahre 2026 und 2027. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition dürfte 5,8% bzw. 5,6 % betragen.

Die demografische Entwicklung drückt auf das Produktionspotenzial der österreichischen Volkswirtschaft. So wird die erwerbsfähige Bevölkerung (15-64 Jahre) im Jahr 2027 um rund 32.000 Personen unter dem Niveau von 2025 liegen. Die Erhöhung des gesetzlichen Frauenpensionsantrittsalters wirkt dem entgegen. So lag die unselbständige Beschäftigung der 60-64-jährigen Frauen im Mai 2026 mit 91.000 um 18.000 Personen über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenzahl hat nur um 2.000 Personen auf 8.100 zugelegt. Zu beachten ist weiters, dass die Zahl der Erwerbspersonen mit österreichischer Staatsbürgerschaft rückläufig ist. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit der Hebung des Beschäftigungspotenzials bei Personen mit Migrationshintergrund.

Mit der anziehenden Konjunktur und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird die Thematik Arbeitskräftemangel wieder an Bedeutung gewinnen. Dabei bringen Digitalisierung, künstliche Intelligenz und ökologische Transformation zusätzliche Qualifikationsanforderungen für die Arbeitskräfte mit sich. Die Arbeitsmarktpolitik ist daher gefordert, die Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen zu erhöhen. Durch zusätzliche Maßnahmen mit Präventionscharakter, etwa im Bereich frühkindliche Bildung, Erwerb von schulischen Grundkompetenzen oder bei der Gesundheitsförderung, könnte längerfristig zusätzliche Beschäftigungspotenziale gehoben werden.

3.7 Monetäre Entwicklungen

Die Europäische Zentralbank hat im Juni ihre Leitzinsen angehoben, die US-Notenbank Fed, die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank beließen ihre Leitzinsen unverändert. Der Einlagesatz im Euroraum liegt gegenwärtig bei 2,25 %, das Zielband für Taggeld in den USA beträgt 3,5 % bis 3,75 %, und die Leitzinsen im Vereinigten Königreich und in der Schweiz liegen bei 3,75 % bzw. 0 % (Tabelle 5). Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, betrug im Mai 3,2 % und liegt nach dem Energiepreisschock infolge des Iran-Kriegs seit März wieder deutlich über der EZB-Zielmarke von 2 %. Das IHS rechnet für den Euroraum mit weiter steigenden Leitzinsen und durchschnittlichen jährlichen Inflationsraten von 2,9 % bzw. 2,3 %.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2023	4	5,25 – 5,5	5,25	1,75	–0,1
Ende 2024	3	4,25 – 4,5	4,75	0,5	0,25
Ende 2025	2	3,5 – 3,75	3,75	0	0,75
19.6.2026	2,25	3,5 – 3,75	3,75	0	1

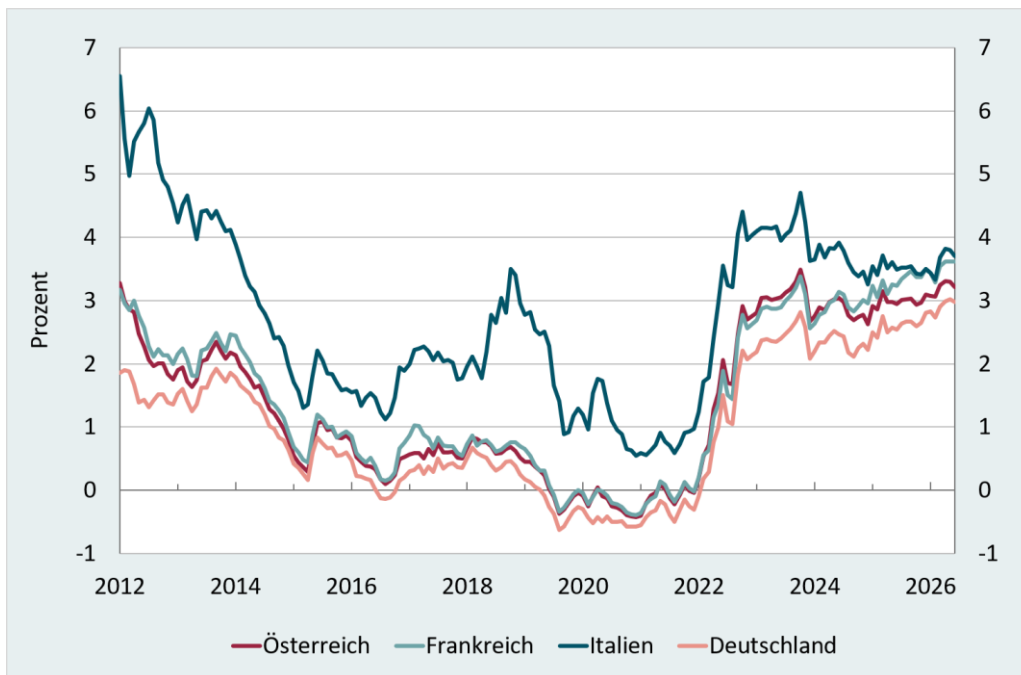
Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream

Die EZB führt den Abbau ihrer Wertpapierbestände aus den zurückliegenden Ankaufprogrammen (APP, PEPP) unverändert fort, indem sie auslaufende Papiere nicht ersetzt. Aktuell betragen die Bestände in den beiden Ankaufprogrammen rund 3,5 Billionen Euro und dürften bei gleichbleibender Abbaugeschwindigkeit in spätestens neun Jahren vollständig abgebaut sein.

Die Geldmarktzinsen sind im Einklang mit der Zinspolitik der EZB zuletzt gestiegen. Der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des zweiten Quartals bei 2,3 %. Damit hat er sich sowohl gegenüber dem Vorquartal als auch gegenüber dem Vorjahresquartal leicht erhöht (um 20 bzw. 15 Basispunkte). Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut durchschnittliche Jahreswerte von 2,4 % und 2,8 %.

Die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum haben sich zuletzt seitwärts bewegt (Abbildung 14). Im Durchschnitt des zweiten Quartals notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu 3,3 % bzw. 3,0 %. Dies bedeutet einen Anstieg der Renditen, insbesondere im Vergleich zum Vorjahresquartal (um rund 30 bzw. 50 Basispunkte). Für die Jahre 2026 und 2027 erwartet das Institut für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren durchschnittliche Renditen von 3,3 % bzw. 3,6 %.

Abbildung 14: Renditen zehnjähriger Staatsanleihen



Quelle: LSEG Datastream

Im Durchschnitt des zweiten Quartals 2026 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,17 USD/EUR. Damit notierte der Euro gegenüber dem Vorquartal in etwa konstant und hat gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 3 % aufgewertet. Für die Jahre 2026 und 2027 erwartet das Institut einen durchschnittlichen Wechselkurs von 1,16 USD/EUR bzw. 1,18 USD/EUR.

Die Prognose des IHS zur Entwicklung der Einlagen und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten in den Jahren 2026 und 2027 fällt wie folgt aus. Die Einlagen inländischer Nichtbanken sollten um 2,5 % bzw. 1,3 % steigen. Für das Kreditvolumen an inländische Nichtbanken prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 1,8 % bzw. 1,2 %.

4 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	383,404 0,8%	386,343 0,8%	390,089 1,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	514,328 4,1%	528,844 2,8%	545,679 3,2%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	108,966 2,6%	110,929 1,8%	116,502 5,0%	124,860 7,2%	129,963 4,1%	134,148 3,2%	136,885 2,0%	139,886 2,2%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2025=100)	78,0 1,4%	80,2 2,8%	87,1 8,6%	93,8 7,8%	96,6 2,9%	100,0 3,6%	103,000 3,0%	105,369 2,3%
ARBEITNEHMERENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	52,713 1,8%	53,936 2,3%	56,554 4,9%	60,383 6,8%	64,710 7,2%	67,032 3,6%	68,439 2,1%	70,082 2,4%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV- BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3904,719 0,2%	3924,243 0,5%	3948,966 0,6%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,588	7,415 0,421	7,510 0,095	7,347 -0,163

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
PRIVATER KONSUM	173,878 -7,6%	182,427 4,9%	192,218 5,4%	191,778 -0,2%	193,660 1,0%	195,039 0,7%	196,014 0,5%	197,480 0,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,267 -0,8%	76,777 7,7%	76,779 0,0%	77,278 0,6%	80,226 3,8%	82,149 2,4%	82,971 1,0%	83,593 0,8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	87,900 -5,3%	93,152 6,0%	92,913 -0,3%	91,681 -1,3%	87,776 -4,3%	89,987 2,5%	90,582 0,7%	91,177 0,7%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	1,461 0,4	6,039 1,6	11,216 2,9	1,666 0,4	-2,919 -0,8	-0,867 -0,2	-0,867 -0,2	-0,617 -0,2
INLANDSNACHFRAGE	336,297 -5,7%	360,099 7,1%	374,133 3,9%	362,612 -3,1%	359,726 -0,8%	363,973 1,2%	366,464 0,7%	369,473 0,8%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	12,587 3,6	5,416 1,5	11,113 2,9	19,242 5,0	19,411 5,1	18,361 4,8	18,779 4,9	19,516 5,0
BIP ZU MARKTPREISEN	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	383,404 0,8%	386,343 0,8%	390,089 1,0%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
PRIVATER KONSUM	-3,867	2,438	2,665	-0,117	0,507	0,371	0,259	0,390
ÖFFENTLICHER KONSUM	-0,161	1,648	0,001	0,133	0,785	0,518	0,218	0,163
BRUTTOINVESTITIONEN	-1,386	2,822	1,377	-3,027	-2,365	1,184	0,208	0,252
ANLAGEINVESTITIONEN	-1,336	1,502	-0,066	-0,334	-1,052	0,593	0,157	0,157
LAGERVERÄNDERUNGEN	-0,051	1,312	1,414	-2,476	-1,198	0,540	0,000	0,065
EXPORTE I.W.S.	-5,863	4,912	5,285	-0,386	-1,341	0,671	0,823	1,139
WAREN	-2,920	4,535	2,321	-0,390	-1,846	0,428	0,460	0,736
DIENSTLEISTUNGEN	-2,943	0,377	2,964	0,004	0,506	0,243	0,363	0,403
IMPORTE I.W.S.	5,008	-6,828	-3,818	2,702	1,463	-0,972	-0,753	-1,013
WAREN	2,472	-5,246	-1,300	3,214	2,136	-0,591	-0,430	-0,634
DIENSTLEISTUNGEN	2,536	-1,582	-2,517	-0,512	-0,673	-0,381	-0,323	-0,379
BRUTTOINLANDSPRODUKT	-6,318	4,923	5,331	-0,786	-0,659	0,849	0,767	0,970

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
HAUSHALTSSPARQUOTE	13,6	11,3	9,1	8,6	11,7	9,9	9,6	9,5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6,3	-2,2	-2,3	-0,4	3,0	-1,8	-0,2	-0,1
INVESTITIONSQUOTE	25,1	25,9	25,2	24,7	23,5	23,7	23,8	23,8
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,1	0,7	-0,7	-0,5	-1,1	0,2	0,1	0,0
REALZINSSATZ	-2,82	-1,81	-3,31	-4,09	-1,25	-0,23	1,29	1,37
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,40	1,01	-1,49	-0,79	2,85	1,02	1,52	0,08
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	78,030 1,4%	80,181 2,8%	87,094 8,6%	93,806 7,7%	96,547 2,9%	100,000 3,6%	103,00 3,0%	105,37 2,3%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	48,604 0,7%	48,804 0,4%	47,512 -2,6%	46,901 -1,3%	48,756 4,0%	49,172 0,9%	48,742 -0,9%	48,790 0,1%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV BESCH.	9,578 -4,4%	9,806 2,4%	10,033 2,3%	9,839 -1,9%	9,754 -0,9%	9,819 0,7%	9,845 0,3%	9,878 0,3%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	143,467 6,4%	143,378 -0,1%	146,940 2,5%	159,978 8,9%	172,951 8,1%	177,963 2,9%	181,220 1,8%	184,945 2,1%
ARBEITSLÖSENQUOTE EU DEF.-2021	6,1	6,2	4,8	5,1	5,2	5,7	5,8	5,6
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,3	0,1	-1,4	0,3	0,1	0,5	0,1	-0,2
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% des BIP)	-8,2	-5,7	-3,4	-2,6	-4,6	-4,2	-4,0	-3,7
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-8,7	2,5	2,3	0,8	-2,1	0,5	0,2	0,3

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	181,205 -7,0%	193,307 6,7%	220,047 13,8%	236,917 7,7%	246,389 4,0%	254,936 3,5%	263,897 3,5%	271,991 3,1%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,395 3,1%	8,396 13,5%	8,916 6,2%	10,078 13,0%	11,211 11,2%	11,651 3,9%	12,002 3,0%	12,328 2,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	81,044 3,9%	88,623 9,4%	92,284 4,1%	98,315 6,5%	106,712 8,5%	112,284 5,2%	115,108 2,5%	117,131 1,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	97,563 -3,3%	112,351 15,2%	131,385 16,9%	124,257 -5,4%	116,492 -6,2%	125,608 7,8%	130,026 3,5%	134,623 3,5%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	50,370 -6,0%	54,908 9,0%	58,598 6,7%	63,058 7,6%	63,263 0,3%	69,271 9,5%	72,956 5,3%	75,901 4,0%
BAUINVESTITIONEN	45,220 -1,0%	50,162 10,9%	54,704 9,1%	54,908 0,4%	53,085 -3,3%	52,846 -0,4%	53,168 0,6%	54,092 1,7%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,264 -0,305	0,000 -0,264	0,008 0,008	-0,430 -0,438	0,780 1,210	-1,888 -2,668	-1,978 -0,090	-2,018 -0,040
INLANDSNACHFRAGE	367,471 -3,7%	402,677 9,6%	452,640 12,4%	469,138 3,6%	481,583 2,7%	502,591 4,4%	519,054 3,3%	534,055 2,9%
EXPORTE I.W.S.	196,484 -11,2%	227,303 15,7%	276,043 21,4%	279,472 1,2%	275,099 -1,6%	282,785 2,8%	291,982 3,3%	302,973 3,8%
IMPORTE I.W.S.	183,637 -11,3%	223,748 21,8%	279,301 24,8%	270,772 -3,1%	262,595 -3,0%	271,047 3,2%	282,192 4,1%	291,349 3,2%
BIP ZU MARKTPREISEN	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	514,328 4,1%	528,844 2,8%	545,679 3,2%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	167,079 -7,9%	174,915 4,7%	184,865 5,7%	184,019 -0,5%	185,643 0,9%	187,012 0,7%	187,947 0,5%	189,357 0,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,801 2,1%	7,513 10,5%	7,360 -2,0%	7,758 5,4%	8,015 3,3%	8,028 0,2%	8,068 0,5%	8,124 0,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,267 -0,8%	76,777 7,7%	76,779 0,0%	77,278 0,6%	80,226 3,8%	82,149 2,4%	82,971 1,0%	83,593 0,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	89,361 -5,4%	99,191 11,0%	104,129 5,0%	93,347 -10,4%	84,857 -9,1%	89,120 5,0%	89,879 0,9%	90,800 1,0%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	47,978 -6,9%	51,548 7,4%	52,289 1,4%	53,165 1,7%	51,658 -2,8%	55,035 6,5%	56,411 2,5%	57,257 1,5%
BAUINVESTITIONEN	39,881 -3,5%	41,612 4,3%	40,734 -2,1%	38,885 -4,5%	36,592 -5,9%	35,761 -2,3%	35,135 -1,8%	34,959 -0,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,931 -0,047	2,396 0,465	1,484 -0,912	1,053 -0,431	2,023 0,969	-1,266 -3,289	-1,301 -0,035	-1,301 0,000
INLANDSNACHFRAGE	336,297 -5,7%	360,099 7,1%	374,133 3,9%	362,612 -3,1%	359,726 -0,8%	363,973 1,2%	366,464 0,7%	369,473 0,8%
EXPORTE I.W.S.	193,238 -10,5%	211,611 9,5%	231,600 9,4%	230,142 -0,6%	224,868 -2,3%	227,576 1,2%	230,984 1,5%	235,749 2,1%
IMPORTE I.W.S.	180,651 -9,6%	206,195 14,1%	220,487 6,9%	210,901 -4,3%	205,456 -2,6%	209,215 1,8%	212,205 1,4%	216,234 1,9%
BIP ZU MARKTPREISEN	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	383,404 0,8%	386,343 0,8%	390,089 1,0%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	108,455 1,0%	110,515 1,9%	119,031 7,7%	128,746 8,2%	132,722 3,1%	136,320 2,7%	140,410 3,0%	143,640 2,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	113,720 4,7%	115,430 1,5%	120,194 4,1%	127,223 5,8%	133,014 4,6%	136,683 2,8%	138,733 1,5%	140,121 1,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	108,748 1,7%	112,794 3,7%	121,944 8,1%	128,670 5,5%	132,550 3,0%	135,706 2,4%	139,237 2,6%	142,573 2,4%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	104,985 1,0%	106,518 1,5%	112,065 5,2%	118,609 5,8%	122,464 3,2%	125,867 2,8%	129,328 2,8%	132,561 2,5%
BAUINVESTITIONEN	113,388 2,6%	120,547 6,3%	134,296 11,4%	141,208 5,1%	145,074 2,7%	147,777 1,9%	151,324 2,4%	154,728 2,3%
INLANDSNACHFRAGE	109,270 2,1%	111,824 2,3%	120,984 8,2%	129,377 6,9%	133,875 3,5%	138,084 3,1%	141,639 2,6%	144,545 2,1%
EXPORTE I.W.S.	101,680 -0,8%	107,415 5,6%	119,190 11,0%	121,434 1,9%	122,338 0,7%	124,259 1,6%	126,408 1,7%	128,515 1,7%
IMPORTE I.W.S.	101,653 -1,9%	108,513 6,7%	126,675 16,7%	128,388 1,4%	127,811 -0,4%	129,554 1,4%	132,980 2,6%	134,738 1,3%
BIP ZU MARKTPREISEN	108,966 2,6%	110,929 1,8%	116,502 5,0%	124,860 7,2%	129,963 4,1%	134,148 3,2%	136,885 2,0%	139,886 2,2%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	139,300 -8,7%	167,055 19,9%	197,629 18,3%	196,354 -0,6%	186,086 -5,2%	189,355 1,8%	194,598 2,8%	201,467 3,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	46,800 -7,3%	52,511 12,2%	61,623 17,4%	63,021 2,3%	67,657 7,4%	70,515 4,2%	73,544 4,3%	76,703 4,3%
REISEVERKEHR	10,384 -42,9%	7,737 -25,5%	16,791 117,0%	20,097 19,7%	21,357 6,3%	22,915 7,3%	23,840 4,0%	24,804 4,0%
EXPORTE I.W.S.	196,484 -11,2%	227,303 15,7%	276,043 21,4%	279,472 1,2%	275,099 -1,6%	282,785 2,8%	291,982 3,3%	302,973 3,8%
WARENIMPORTE	134,774 -9,0%	167,225 24,1%	207,265 23,9%	193,687 -6,6%	180,038 -7,0%	184,256 2,3%	191,594 4,0%	197,092 2,9%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	45,361 -8,0%	50,888 12,2%	61,776 21,4%	65,115 5,4%	69,843 7,3%	73,445 5,2%	76,712 4,4%	79,811 4,0%
REISEVERKEHR	3,502 -63,7%	5,636 60,9%	10,260 82,1%	11,970 16,7%	12,714 6,2%	13,346 5,0%	13,885 4,0%	14,446 4,0%
IMPORTE I.W.S.	183,637 -11,3%	223,748 21,8%	279,301 24,8%	270,772 -3,1%	262,595 -3,0%	271,047 3,2%	282,192 4,1%	291,349 3,2%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	139,548 -7,6%	156,826 12,4%	165,677 5,6%	164,207 -0,9%	156,829 -4,5%	158,610 1,1%	160,592 1,3%	163,804 2,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	44,084 -7,5%	48,138 9,2%	52,420 8,9%	51,291 -2,2%	53,129 3,6%	53,706 1,1%	54,780 2,0%	56,012 2,3%
REISEVERKEHR	9,782 -43,1%	7,080 -27,6%	13,824 95,3%	14,930 8,0%	15,048 0,8%	15,377 2,2%	15,684 2,0%	15,998 2,0%
EXPORTE I.W.S.	193,238 -10,5%	211,611 9,5%	231,600 9,4%	230,142 -0,6%	224,868 -2,3%	227,576 1,2%	230,984 1,5%	235,749 2,1%
WARENIMPORTE	133,705 -6,6%	153,499 14,8%	158,347 3,2%	147,312 -7,0%	139,550 -5,3%	141,814 1,6%	143,515 1,2%	146,027 1,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	43,601 -7,9%	47,432 8,8%	53,413 12,6%	54,374 1,8%	56,660 4,2%	58,021 2,4%	59,124 1,9%	60,454 2,3%
REISEVERKEHR	3,366 -63,7%	5,317 58,0%	8,911 67,6%	9,945 11,6%	10,343 4,0%	10,509 1,6%	10,719 2,0%	10,934 2,0%
IMPORTE I.W.S.	180,651 -9,6%	206,195 14,1%	220,487 6,9%	210,901 -4,3%	205,456 -2,6%	209,215 1,8%	212,205 1,4%	216,234 1,9%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	99,823 -1,2%	106,523 6,7%	119,285 12,0%	119,577 0,2%	118,655 -0,8%	119,384 0,6%	121,175 1,5%	122,993 1,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	106,160 0,3%	109,084 2,8%	117,557 7,8%	122,870 4,5%	127,343 3,6%	131,299 3,1%	134,253 2,3%	136,938 2,0%
REISEVERKEHR	106,160 0,3%	109,284 2,9%	121,469 11,2%	134,602 10,8%	141,927 5,4%	149,023 5,0%	152,003 2,0%	155,043 2,0%
EXPORTE I.W.S.	101,680 -0,8%	107,415 5,6%	119,190 11,0%	121,434 1,9%	122,338 0,7%	124,259 1,6%	126,408 1,7%	128,515 1,7%
WARENIMPORTE	100,799 -2,5%	108,942 8,1%	130,893 20,1%	131,481 0,4%	129,014 -1,9%	129,928 0,7%	133,501 2,8%	134,969 1,1%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,036 -0,1%	107,287 3,1%	115,657 7,8%	119,755 3,5%	123,268 2,9%	126,584 2,7%	129,748 2,5%	132,019 1,8%
REISEVERKEHR	104,036 -0,1%	105,986 1,9%	115,135 8,6%	120,362 4,5%	122,931 2,1%	126,996 3,3%	129,536 2,0%	132,126 2,0%
IMPORTE I.W.S.	101,653 -1,9%	108,513 6,7%	126,675 16,7%	128,388 1,4%	127,811 -0,4%	129,554 1,4%	132,980 2,6%	134,738 1,3%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100,026 1,2%	98,988 -1,0%	94,091 -4,9%	94,583 0,5%	95,718 1,2%	95,913 0,2%	95,057 -0,9%	95,381 0,3%
TERMS OF TRADE, GÜTER	99,031 1,4%	97,779 -1,3%	91,132 -6,8%	90,947 -0,2%	91,971 1,1%	91,885 -0,1%	90,767 -1,2%	91,126 0,4%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
IMPORTQUOTE, GESAMT	48,285	55,079	62,152	56,666	53,147	52,699	53,360	53,392
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-4,026	6,794	7,073	-5,486	-3,519	-0,448	0,661	0,032
IMPORTQUOTE, GÜTER	35,437	41,165	46,122	40,534	36,438	35,825	36,229	36,119
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,974	5,728	4,957	-5,588	-4,096	-0,614	0,404	-0,110
EXPORTQUOTE, GESAMT	51,663	55,954	61,427	58,487	55,678	54,981	55,211	55,522
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-4,233	4,291	5,473	-2,941	-2,808	-0,697	0,230	0,311
EXPORTQUOTE, GÜTER	36,627	41,123	43,978	41,092	37,663	36,816	36,797	36,920
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,914	4,496	2,855	-2,886	-3,430	-0,847	-0,019	0,124

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5 925,675 0,2%	5 931,041 0,1%	5 979,617 0,8%	6 016,521 0,6%	6 022,115 0,1%	6 012,394 -0,2%	5999,795 -0,2%	5980,860 -0,3%
ERWERBSQUOTE	78,006 0,4%	78,212 0,3%	78,347 0,2%	78,754 0,5%	79,280 0,7%	79,859 0,7%	80,538 0,9%	81,182 0,8%
ERWERBSPERSONEN	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,854 1,0%	4738,230 1,1%	4774,313 0,8%	4801,435 0,6%	4832,100 0,6%	4855,385 0,5%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3665,132 -0,5%	3653,837 -0,3%	3648,622 -0,1%	3626,804 -0,6%	3630,453 0,1%	3620,693 -0,3%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1084,393 6,3%	1125,691 3,8%	1174,630 4,3%	1201,647 2,3%	1234,692 2,8%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	508,100 1,2%	511,200 0,6%	515,800 0,9%	518,900 0,6%	531,873 2,5%	537,191 1,0%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4227,030 1,2%	4258,513 0,7%	4282,535 0,6%	4300,227 0,4%	4318,194 0,4%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3904,719 0,2%	3924,243 0,5%	3948,966 0,6%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	66,838 -3,2%	62,889 -5,9%	60,276 -4,2%	53,043 -12,0%	51,982 -2,0%
ARBEITSLOSE	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	270,773 2,9%	297,851 10,0%	317,540 6,6%	322,942 1,7%	317,246 -1,8%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,9 2,6	8,0 -1,9	6,3 -1,7	6,4 0,1	7,0 0,6	7,4 0,4	7,5 0,1	7,3 -0,2

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	192,084 -0,3%	201,416 4,9%	217,424 7,9%	234,855 8,0%	252,226 7,4%	261,740 3,8%	268,572 2,6%	276,751 3,0%
BRUTTOBETRIEBSÜBER- SCHUSS/SELBST.EINK	156,017 1,2%	166,607 6,8%	182,265 9,4%	188,533 3,4%	184,199 -2,3%	189,647 3,0%	194,498 2,6%	199,866 2,8%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	32,217 -34,0%	38,209 18,6%	49,693 30,1%	54,449 9,6%	57,662 5,9%	62,941 9,2%	65,774 4,5%	69,062 5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	514,328 4,1%	528,844 2,8%	545,679 3,2%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	4,185 -565,8%	6,700 60,1%	1,138 -83,0%	3,259 186,2%	-0,954 -129,3%	1,559 -263,5%	1,590 2,0%	1,622 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	79,778 3,9%	83,753 5,0%	91,922 9,8%	99,138 7,8%	103,476 3,8%	107,357 3,8%	110,846 3,3%	114,448 3,3%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	304,725 -4,2%	329,179 8,0%	358,598 8,9%	381,958 6,5%	389,658 2,0%	408,530 4,8%	419,589 2,7%	432,853 3,2%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,768 7,6%	-2,857 -24,2%	-2,774 -2,9%	-3,476 25,3%	-3,143 -9,6%	-3,758 19,6%	-3,871 3,0%	-4,103 6,0%
VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	300,957 -4,3%	326,322 8,4%	355,824 9,0%	378,482 6,4%	386,515 2,1%	404,772 4,7%	415,718 2,7%	428,750 3,1%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	403,721 6,1%	425,328 5,4%	438,894 3,2%	437,649 -0,3%	452,587 3,4%	468,579 3,5%	480,294 2,5%	486,538 1,3%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	380,664 4,3%	396,232 4,1%	423,029 6,8%	432,855 2,3%	435,438 0,6%	441,019 1,3%	448,958 1,8%	454,345 1,2%
EURIBOR 3M	-0,43	-0,55	0,35	3,43	3,57	2,18	2,37	2,77
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,07	-0,12	0,90	3,09	0,14	-1,39	0,19	0,40
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	-0,22	-0,09	1,72	3,08	2,84	2,99	3,33	3,56
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,28	0,14	1,80	1,36	-0,24	0,15	0,34	0,23

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
USD/EUR	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,05 -11,0%	1,08 2,9%	1,08 0,0%	1,13 4,6%	1,16 2,7%	1,18 1,7%
GBP/EUR	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,87 2,4%	0,85 -2,3%	0,86 1,2%	0,87 1,2%	0,86 -1,1%
YEN/EUR	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	138,02 6,3%	152,00 10,1%	163,80 7,8%	169,01 3,2%	185,04 9,5%	184,67 -0,2%
CHF/EUR	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,01 -6,5%	0,97 -4,0%	0,95 -2,1%	0,94 -1,1%	0,92 -2,1%	0,90 -2,2%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
STATISTISCHER ÜBERHANG1	-0,6%	0,8%	2,9%	0,7%	-0,9%	0,3%	0,4%	0,3%
JAHRESVERLAUFSRATE2	-5,1%	7,1%	3,2%	-2,2%	0,3%	1,1%	0,6%	1,1%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE3	-6,3%	4,9%	5,3%	-0,8%	-0,7%	0,8%	0,8%	1,0%